

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Berliner Integrationspolitik ist besser als ihr Ruf, unterstreicht der Migrationsforscher Dr. Klaus Bade in einem Beitrag für eine neue Publikation, die der Integrationsbeauftragte Günter Piening jetzt herausgegeben hat. Wo steht die Integrationspolitik heute? Es geht um Herausforderungen, Gestaltungsansätze und Ergebnisse der Berliner Integrationspolitik: „Arbeit, Bildung, Chancengleichheit - das ABC der Berliner Integrationspolitik“
Weitere Informationen zu dieser Veröffentlichung finden Sie auf [Seite 5](#).

Die überarbeitete Neuauflage liegt jetzt vor: „Integration und Migration – Ein Wegweiser für Berlin“. Das umfangreiche Adressenverzeichnis des Integrationsbeauftragten ist neu erschienen.
Es handelt sich bereits um die 4. aktualisierte und stark erweiterte Auflage. Der Autor Armin Weber hat den Wegweiser wieder als elektronisches Dokument aufbereitet, um einem möglichst breiten Benutzerkreis raschen Zugriff auf diese Datensammlung zu ermöglichen. Auch eine gedruckte Fassung gibt es. Mehr dazu auf [Seite 6](#).

Ihre Redaktion

BERLIN INTERNATIONAL erscheint wieder am 29.01.2010.
Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe (Nr. 66) ist der 22.01.2010.

IMPRESSUM: BERLIN INTERNATIONAL. Ein e-Informationsforum des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration. Potsdamer Straße 65; 10785 Berlin. Vormalig „Top - Berlin international“. Erscheint mit elf Ausgaben im Jahr als E-Mail-Anhang im PDF-Format und ist kostenlos. Die Dateigröße kann je nach Inhalt zwischen 1 und 2 MByte variieren. Abonnementbestellung/-löschung und Zusendungen für die Veröffentlichung in BERLIN INTERNATIONAL unter folgender E-Mail-Adresse: Newsletter@intmig.berlin.de. Keine Haftung für unverlangt zugeschicktes Material und kein Anspruch auf Veröffentlichung. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung erwünscht. Redaktion, Grafik und Produktion: Fred Vollmer, IntMig 12; Tel: (030) 9017-2374 /-34; Fax: 9017-2320, Martina Gembus, IntMig B 4, (030) 9017-2327 (Vertr.). Diese und weitere Ausgaben im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/top/index.html> . 30.12.2009 [1.478 | Jahrgang 27]

Der interkulturelle
Kalender für den
Monat Januar

- 1 Neujahr
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6 Hl. 3 Könige
- 7 Orthodoxes Weihnachtsfest
- 8 Russ./Serb. u.a.
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14 Pongalfest der Tamilen
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27 Gedenktag f. d. Opfer d. Nationalsozialismus
- 28
- 29
- 30
- 31

Integrationsbeauftragter aktuell

Öffnungszeiten der Dienststelle des Berliner Integrationsbeauftragten4
In eigener Sache: Redaktionsschluss- und Erscheinungstermine für das Jahr 20104
Neue Veröffentlichung: „Arbeit, Bildung, Chancengleichheit ist das ABC der Berliner Integrationspolitik“5
„Integration und Migration – Ein Wegweiser für Berlin“6
Umfangreiches Adressenverzeichnis des Integrationsbeauftragten neu erschienen6
Gastbeitrag: Evelin Lubig-Fohsel6
Schule in der Einwanderungsgesellschaft – der schwierige Umgang mit Differenz6
"Respekt gewinnt!" - Der Berliner Ratschlag für Demokratie überreichte die Preise des Berliner Aktionswettbewerbs11
Senatorin Bluhm überreicht Integrationspreis 2009 an Berliner Sportvereine11
Berliner Integrationsbeirat auf seiner konstituierenden Sitzung:11
Religionsfreiheit ist nicht verhandelbar - Minarette sind Teil europäischer Städte11
Bilanz des Aktionsprogramms "Vielfalt fördern - Zusammenhalt stärken":12
Jung, männlich, Migrationshintergrund. Beispielhafte Wege aus der "Defizitfalle"12
Integrationsssenatorin Bluhm: "Vorbilder zeigen eine andere Einwanderungsgesellschaft"13
Ehrennadeln für besonderes soziales Engagement in Berlin verliehen13
Der Erste Berliner Judo Club 1922 e.V. (EBJC) erhält den Integrationspreis 200914
Diskriminierung hat viele Gesichter!": Kampagne gegen Diskriminierung geht weiter15
Senatorin Bluhm zum Haushalt 2010/2011: "Wir stärken den sozialen Zusammenhalt in Berlin"15
Integrationsssenatorin Carola Bluhm:17
Berliner Eigenbetriebe stellen mehr Migrantinnen und Migranten ein17

Aus dem Landespressedienst

Wowereit wirbt in San Francisco für den weltoffenen und toleranten Standort Berlin19
Berliner Kulturverwaltung fördert interkulturelle Projekte 201019
Vergabe der Literaturprojekte für das Jahr 201020
Auszubildende sammeln internationale Berufserfahrung -20
Übergabe des europass Mobilität an 150 junge Berlinerinnen und Berliner20
Forschungsbericht "Was tun gegen rechte Gewalt?" erschienen20
Festlegung neuer Gebiete der Sozialen Stadt21
Vergabe von Förderungsmitteln und Tonstudio-Terminen 2010 für Jazz, Populäre Musik und Weltmusik21
Diskussionspapier zur demografischen Entwicklung und deren Auswirkungen veröffentlicht22

Anfragen an den Senat

„Integrationskurse - Stand und Perspektiven“ (Link) und weitere Anfragen ab Seite23
---	---------

Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis: Berliner Europaportal und Europa-Newsletter24
2.454 Asylbewerber im November 200924
"Imame für Integration": Bundesweites Fortbildungsangebot für Imame gestartet24
Bewertungskommission hebt Erfolge der Integrationskurse hervor25

Workshops/ Tagungen

29.01., iaf e.V.: Seminar zum Thema Familiennachzug26
---	---------

Qualifizierungen

Ab 20.01.: Kostenloser Deutschkurs für ImmigrantInnen im Mehringhof26
Fachstelle für Suchtprävention: MOVE –27
MOTivierende KurzinterVENTion bei konsumierenden Jugendlichen27
Ab 01.02., DAA Institut Berlin: Ihre Chance für eine Ausbildungs-/ Arbeitsaufnahme.28
Förderung der Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen bis 25 Jahren mit Migrationshintergrund28
FrauenComputerZentrumBerlin e.V.: Computer-Kurse für den Wiedereinstieg29
Zweiter Bildungsweg: Schulabschlüsse an der Eberhard-Klein-Schule. Start: 08.02.201029

Aus Projekten und Vereinen

radio multicult2.0: Erster Geburtstag im neuen Studio.	
Stärkere wirtschaftliche Basis – Gläsernes Studio im Kreuzberger Kiez – bald auf UKW30
ARiC Berlin e.V.: InterDialogPreis 2009 verliehen31
LernNetz Berlin Brandenburg: Lernladen Pankow mit neuer Telefonnummer31
Babel e.V. Januar-Angebot des „Haus Babylon“32

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

Erste EU-weite Umfrage bei Minderheiten: Bestandsaufnahme der Diskriminierung in Europa33
Neu: CIVIS Online Prize 2010	
Senden Sie uns Ihre besten Webseiten zum Thema Integration und kulturelle Vielfalt!33
5. Konferenz der Integrationsminister: Neuer Internetauftritt33
Bleiberecht: Dokumentation der Konferenz "Einsichten und Aussichten"34
Potenziale von Migranten nutzen: Programm 2010 DGB Bildungswerk erschienen34

BERLÿN

Vielfalt gewinnt!

ÖFFNUNGSZEITEN DER DIENSTSTELLE DES BERLINER INTEGRATIONSBEAUFTRAGTEN

Hinweis: am Donnerstag, 31.12.2009, und Freitag, 01.01.2010, bleibt das Büro geschlossen.

Öffnungszeiten der Migrantenberatungsstelle:

Montag, Dienstag: 09:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Donnerstag: 09:00 Uhr bis 13:00 Uhr
und 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Mittwoch, Freitag: -keine Beratung-

Weitere Informationen zur Beratungsstelle
im Internet: <http://www.berlin.de/lb/intmig/beratung/>

Öffnungszeiten für Material- und Broschürenverkauf:

Montag - Mittwoch: 08:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Donnerstag: 08:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Freitag: 08:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Adresse und Verkehrsverbindung:

Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, 1. Obergeschoss.. Die Dienststelle ist barrierefrei erreichbar.

U-Bahn:

Linien 1 (U-Bhf. Kurfürstenstraße) und Linie 2 (U-Bhf. Bülowstraße oder Potsdamer Platz). Fußweg jeweils 8 bis 10 Minuten oder per Bus (M48/M85).

Bus:

M48, M85 Haltestelle "Potsdamer Straße/ Lützowstraße" vor dem Dienstgebäude, M29, Haltestelle "Potsdamer Brücke".

S-Bahn/ Bahn:

S 1, S2, S25; RE3, RE4, RE5: S-Bahnhof Potsdamer Platz. Fußweg ca. 10 Minuten oder per Bus (M48/M85).

In eigener Sache:

REDAKTIONSSCHLUSS- UND VERÖFFENTLICHUNGSTERMINE FÜR *BERLIN INTERNATIONAL* IM JAHR 2010

Nachfolgende Termine für Redaktionsschluss- und Erscheinungstermine sind für die kommenden Ausgaben von *BERLIN INTERNATIONAL* im Jahr 2010 geplant (ohne Gewähr):

- Februar (Nr. 66): 22.01., 16:00 Uhr; erscheint 29.01.2010
- März (Nr. 67): 22.02., 16:00 Uhr; erscheint 01.03.2010
- April (Nr. 68): 22.03., 16:00 Uhr; erscheint 31.03.2010
- Mai (Nr. 69): 23.04., 16:00 Uhr; erscheint 30.04.2010
- Juni (Nr. 70): 21.05., 16:00 Uhr; erscheint 01.06.2010
- Juli/August (Nr. 71): 23.06., 16:00 Uhr; erscheint 01.07.2010
- September (Nr. 72): 20.08., 16:00 Uhr; erscheint 31.08.2010
- Oktober (Nr. 73): 24.09., 16:00 Uhr; erscheint 01.10.2010
- November (Nr. 74): 22.10., 12:00 Uhr; erscheint 29.10.2010
- Dezember (Nr. 75): 22.11., 16:00 Uhr; erscheint 30.11.2010
- Januar 2011 (Nr. 78): 20.12.2010, 12:00 Uhr; erscheint 30.12.2010.

Bitte beachten Sie, dass Beiträge, die nach Redaktionsschluss eingehen, nicht mehr berücksichtigt werden können.

Weitere Hinweise hinsichtlich der Veröffentlichung von Beiträgen im Impressum auf Seite 1 dieser Ausgabe und unter:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/top/index.html>

Integrationsbeauftragter aktuell

Neue Veröffentlichung:
**„ARBEIT, BILDUNG, CHANCENGLEICHHEIT
 IST DAS ABC
 DER BERLINER INTEGRATIONSPOLITIK“**

Wo steht die Integrationspolitik heute? Über Herausforderungen, Gestaltungsansätze und Ergebnisse der Berliner Integrationspolitik berichtet eine neue Publikation, die der Berliner Integrationsbeauftragte Günter Piening herausgegeben hat.



Rund ein Viertel der Berlinerinnen und Berliner kann auf einen Migrationshintergrund verweisen. Ihre Wurzeln liegen in Polen, Russland, der Türkei, dem Nahen Osten, dem Balkan, am Mittelmeer oder auch Ostasien. Die Einwanderungsgesellschaft ist längst Realität. Integrationspolitik ist daher kein Randthema sondern gesamtgesellschaftspolitische Notwendigkeit.

Die neue gesellschaftliche Vielfalt ist beides: Bereicherung und Herausforderung zugleich, so Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit in seinem Vorwort: „Aufgabe der Politik ist es daher, Chancengleichheit und Rechtssicherheit zu schaffen und allen Berlinerinnen und Berlinern – gleich welcher Herkunft – die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Fähigkeiten, ihre Kreativität und ihre Kompetenzen einzubringen. Das ist der Kern der Berliner Integrationspolitik. Sie basiert auf gleichen Rechten und Chancen für alle und dem Respekt gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen.“

In Berlin prallen die Gegensätze oft hart auf einander: schicke Straßenzüge und Nobelkieze sind nicht weit entfernt von „Problembezirken“, die von Arbeitslosigkeit und Armut geprägt werden. Die Armut trifft übermäßig oft Einwanderer, nicht zuletzt auch Folge des Strukturwandels und der Deindustrialisierung Berlins seit dem Mauerfall. Hier liegt das Haupthandlungsfeld der Berliner Integrationspolitik: Sie muss sich der sozialen Realität gerade der Innenstadtbezirke stellen, wo soziale Gegensätze Gefahr laufen, sich zunehmend zu ethnisieren. Die Antworten, die der Berliner Senat auf diese Herausforderungen gibt, sehen drei Schwerpunkte: Arbeit, Bildung, Chancengleichheit.

Wo die Umsetzung gelingt und wo die Defizite liegen, benennt die gerade erschienene Broschüre. Sie gibt einen Überblick über die Berliner Integrationspolitik und wie das Integrationskonzept auf seine Alltagstauglichkeit überprüft wird.

In Gastbeiträgen nehmen Fachleute aus Praxis und Wissenschaft, wie Professor Dr. Klaus Bade, der Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Berlins Polizeipräsident Dieter Glietsch oder der Sprecher des Migrationsrates Berlin-Brandenburg, Hilmi Kaya Turan, Stellung zu den Berliner Ansätzen.

Auch wenn die Berliner Integrationspolitik besser ist als ihr Ruf, wie der Migrationsforscher Dr. Klaus Bade in seinem Beitrag unterstreicht, liegt bei der Beseitigung von Ausgrenzung und der Schaffung gleicher Chancen noch ein große Wegstrecke vor uns. Berlins Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Carola Bluhm, schreibt in ihrem Vorwort: „Tatsächlich gibt es auch in Berlin wie in der ganzen Bundesrepublik Deutschland noch immer tief sitzende Mechanismen von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Diskriminierung. Viele Kinder mit Migrationshintergrund erleben erhebliche Nachteile im Bildungsbereich – wir arbeiten mit der Einführung der Gemeinschaftsschule und der Schulstrukturreform an der weiteren Öffnung und dem Abbau struktureller Diskriminierung. Auch auf dem Arbeitsmarkt verzeichnen wir weiter erhebliche Benachteiligungen – auch von Hochqualifizierten, die nur aufgrund ihres Namens keine Chance haben. Das Land Berlin versucht deshalb mit gutem Beispiel voran zu gehen. Mit der Kampagne „Berlin braucht dich!“ wollen wir junge Menschen für eine Ausbildung und danach Beschäftigung im öffentlichen Dienst und den landeseigenen Betrieben gewinnen – die Realität als Einwanderungsstadt muss sich auch in den Behörden und Institutionen, Unternehmen der Stadt widerspiegeln – sie müssen genauso vielfältig sein wie die EINE Stadt Berlin.“

„Arbeit, Bildung, Chancengleichheit – das ABC der Berliner Integrationspolitik“ (ISBN 978-3-938352-43-4) gibt es kostenlos (bei Postversand werden die Portokosten berechnet) beim

Integrationsbeauftragten des Senats
 Potsdamer Straße 65
 10785 Berlin,
 Tel.: (030) 90172357 oder (030) 90172322

E-Mail: Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de

Die Broschüre steht auch als Download auf der Internetseite des Integrationsbeauftragten:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/berichte/index.html>

Integrationsbeauftragter aktuell

**„INTEGRATION UND MIGRATION –
EIN WEGWEISER FÜR BERLIN“
Umfangreiches Adressenverzeichnis
des Integrationsbeauftragten neu erschienen**

„Integration und Migration – Ein Wegweiser für Berlin“, so lautet der Titel des ausführlichen Adressenkompodiums, das der Beauftragte des Senats für Integration und Migration, Günter Piening, herausgegeben hat. Es handelt sich bereits um die 4. aktualisierte und stark erweiterte Auflage. Der Autor Armin Weber hat das Adressverzeichnis wieder als elektronisches Dokument aufbereitet, um einem möglichst breiten Benutzerkreis raschen Zugriff auf diese Datensammlung zu ermöglichen.

„Die interkulturelle Öffnung von Verwaltung und Regeldiensten ist weit fortgeschritten und auf einem guten Weg“, so der Integrationsbeauftragte Piening. „Ein Blick in den neuen Wegweiser belegt das: Das dichte Netzwerk von interkulturell ausgerichteten Einrichtungen und Initiativen, prägt das Leben in der Einwanderungsstadt. Wer Rat sucht, sieht sich allerdings auch mit einer oft unübersichtlichen Vielfalt von Behörden, Vereinen und Organisationen konfrontiert.“ Der neue „Wegweiser“ bietet hier Orientierung und Hilfestellung: Aufgelistet sind Ansprechpartner und Zuständigkeiten in der Berliner Verwaltung, bei Wohlfahrtsverbänden und sozial- und wirtschaftspolitischen Spitzenorganisationen. Genannt werden natürlich auch zahlreiche größere Migrantenvereine, Dachorganisationen, in Berlin ansässige Bundesbehörden und diplomatische Vertretungen. Insbesondere wurden in den neuen „Wegweiser“ auch nach Möglichkeit Informationen aufgenommen, welche Sprachen in den vorgestellten Organisationen gesprochen werden und in welchen auch Beratungen möglich sind.

Ab sofort ist der „Wegweiser Integration und Migration“ kostenlos als Download auf der Internetseite des Integrationsbeauftragten abrufbar unter:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/wegweiser/index.html>

In dieser Version ist der Wegweiser interaktiv nutzbar, Stichworte aus dem Inhalt oder dem Schlagwortverzeichnis lassen sich anklicken und führen direkt zu den Adressen. Eine Suchfunktion ermöglicht das rasche Auffinden von Einträgen. Hunderte von Links eröffnen weiter gehende Informationen. Das Kompodium umfasst 290 Seiten, als Datei 2,2 Megabyte.

Wer die digitale Version des Wegweisers nicht nutzen möchte, hat die Möglichkeit gegen eine Schutzgebühr von 4,00 € zuzüglich Portokosten eine gedruckte Fassung zu bestellen unter folgender Adresse:

Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration
Stichwort „Wegweiser“
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin
Tel.: 9017 – 2322 oder 9017 2357
Fax: 9017 2320
E-Mail: integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de

Gastbeitrag: Evelin Lubig-Fohsel

**SCHULE IN DER
EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT –
DER SCHWIERIGE UMGANG MIT DIFFERENZ**

Meine ausländischen Kinder sind bei uns noch nicht angekommen; die meisten Familien sind nicht integriert und wollen sich auch gar nicht integrieren. Vor allem die türkischen und arabischen Familien sind bildungsfern und unterstützen ihre Kinder nicht. Sie sind in ihrer Kultur und ihrem Kulturkreis gefangen und leben bei uns in einer Parallelgesellschaft. Ihre Kinder sind hin- und hergerissen zwischen den Kulturen und sind orientierungslos.

Was immer ich auch mache, ich bleibe der Türke. „Musa erzähl mal, wie es in der Türkei ist; Musa, was sagt der Islam dazu; Musa, wo hast du so gut Deutsch gelernt; Musa, du als Türke ...“ und immer muss ich mich erklären und mich rechtfertigen, als Türke. Ich bin in Deutschland geboren und wollte nicht nur Türke, sondern immer auch Deutscher sein und dazugehören, ich bin beides. Anscheinend geht das nicht und ist auch gar nicht gewollt. Inzwischen sage ich: „O.k. ich bin der Türke, bei uns ist das so und so“, auch wenn ich das gar nicht weiß und das gar nicht stimmt, weil ich ja nur noch hin und wieder in der Türkei bin. Aber die Leute sind zufrieden und ich werde wenigstens in Ruhe gelassen, Hauptsache ich spiele Ihnen den Türken.

So lauten die Statements einer Lehrerin, die in einem sozial schwierigen Quartier an einer Schule mit einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund arbeitet und eines Jugendlichen, der über seine Erfahrungen mit kulturellen Zuschreibungen berichtet. Aussagen wie diese zeichnen kein repräsentatives Bild, stehen aber für eine weit verbreitete Grundstimmung. Nach über 40 Jahren jüngerer Einwanderungsgeschichte haben aufseiten vieler Lehrkräfte Missverständnisse, fehlende Informationen über Einwanderungsprozesse und die aufreibende Arbeit in sozial schwierigen Quartieren zu Resignation und Abwehr geführt; viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund reagieren auf die erfahrenen Zuschreibungen und Ausgrenzungen mit Abgrenzung, Rückzug und Aggressivität. Diese Tendenzen blockieren Entwicklungsprozesse, die zu einem Selbstverständnis einer für Diversität offenen Schule führen, und sind nicht geeignet, um die Bildungschancen von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund zu verbessern. In beiden Aussagen werden drei zentrale Motive angesprochen, die im schulischen Kontext eine wachsende Bedeutung erfahren. Sie stehen im Zentrum der folgenden Ausführungen.

(Fortsetzung nächste Seite)

Integrationsbeauftragter aktuell

(Fortsetzung)

1. „... in ihrer Kultur gefangen ...“ Kulturalisierung sozialer und ökonomischer Phänomene

Die Diskussion um kulturelle Differenz, wie sie in der Multikulturalismusdebatte der 90er Jahre geführt wurde, hatte zum Ziel, auf der Grundlage von Akzeptanz und Respekt Begegnung und Kommunikation in der als zunehmend multikulturell wahrgenommenen Gesellschaft zu ermöglichen, ethnische Benachteiligungen abzubauen, Ausgrenzungen zu verhindern und ein gewaltfreies Zusammenleben zu gewährleisten. Die Anerkennung von Differenz und die Akzeptanz der Verschiedenheit ethnischer Gruppen und ihrer kulturellen Ausdrucksformen wurden als wesentliche Voraussetzung für die Beteiligung der Immigranten und ihrer Kinder am gesellschaftlichen Gestaltungsprozess angesehen.

Mit dem Fokus auf der kulturellen Differenz, ihrer Akzeptanz und Anerkennung, wurden aber Fragen nach den sozialen und ökonomischen Bedingungen der Einwanderer, ihrer Schichtzugehörigkeit, ihren Bildungshintergründen und Sozialisationsbedingungen ausgeblendet. Die schlechte soziale und ökonomische Situation der Migranten und Migrantinnen wurde vor allem von Kritikern des Multikulturalismusgedankens auf ihre mit den Anforderungen der Moderne nicht kompatiblen kulturellen „Mentalität“ zurückgeführt und zu einem Problem der Integration erklärt. Ihre Unterschichtung der bundesrepublikanischen Gesellschaft – Migranten sind von der Prekarisierung in besonderer Weise betroffen – wurde damit ethnisiert.¹

Die Ethnisierung und Kulturalisierung sozioökonomischer Phänomene lässt sich auch in den bildungspolitischen Debatten um die Frage nach den Ursachen für das schulische Scheitern vieler Schüler/-innen mit Migrationshintergrund finden. Als Grund dafür werden vor allem ethnische und kulturelle Hintergründe genannt, weniger ihre Zugehörigkeit zur Unterschicht, der ihre Eltern angehören. Diese haben selbst oft nur marginale Erfahrungen mit schulischer Bildung, wissen nicht, wie sie eine anregungsreiche häusliche Lernumgebung schaffen sollen, und ihre Kinder wirkungsvoll in der Lernentwicklung unterstützen können.

In der Diskussion um die PISA-Ergebnisse, die Häufung von Gewaltvorfällen an Berliner Schulen mit einem hohen Migrantenanteil und den Brandbrief der Rütli-Schule erfuhr die Kulturalisierung einen Höhepunkt. Es überwogen Argumente, die diese Ereignisse auf die ethnische Herkunft und die Kultur zurückführen.

¹ Kaschuba, Wolfgang: Kulturalismus: Kultur statt Gesellschaft? In: Geschichte und Gesellschaft 21. 1995, S.80-95 und Klaus J. Bade: Die multikulturelle Herausforderung. Menschen über Grenzen - Grenzen über Menschen, München 1996 weisen bereits Mitte der 90er Jahre auf die Tendenz zur Kulturalisierung sozialer Phänomene hin.

So ist z.B. in einem Beitrag der Zeitschrift Focus aus dem Jahr 2006 von der „Machtübernahme arabischer und türkischer Jugendlicher“ an der Rütli-Schule und von ihrem Abschotten in Parallelgesellschaften zu lesen. Das Fazit, das gezogen wird, ist das der „Multikulti-Lüge“ und „das Scheitern der Integration“.²

Das Abschotten in der ethnischen Community, der „Parallelgesellschaft“, wird medial dramatisiert immer wieder als zentrales Argument für eine angeblich nicht erfolgte Integration angeführt. Ein Begriff wie Parallelgesellschaft ist nicht geeignet, Strukturen und Dynamiken in den Communities zu erhellen. Ihm liegt ein Verständnis zugrunde, das die sozialräumliche Segregation als von Migranten bewusst und gezielt herbeigeführten Akt und als Ausdruck ihrer Unverträglichkeit mit den demokratischen und zivilgesellschaftlichen Prinzipien der Aufnahmegesellschaft darstellt.³ Der Begriff hat Schlagwortcharakter, etikettiert komplexe Zusammenhänge und reduziert sie auf schlichte Erklärungsmuster. „Parallelgesellschaft“ ist ein ideologisch aufgeladener Begriff und gehört in eine politische Arena, in der eine Perspektive von Problem, Konflikt, Gefahr, Bedrohung und Defizit auf die Einwanderungsgesellschaft eingenommen wird.

Nun soll mit der Betonung der Schichtzugehörigkeit als wesentliche Ursache für das schlechte schulische Abschneiden nicht die Kulturspezifität der Arbeit an Schulen mit einem hohen Migrantenanteil negiert werden. Wo unterschiedliche religiöse, kulturelle Normen und Werte von Elternhaus und Schule aufeinandertreffen, kann es zu Spannungen, Missverständnissen, und Konflikten kommen (z.B. bei geschlechtsspezifischen Erziehungsfragen), die wenn sie nicht bearbeitet werden, zu Misstrauen, Abwehr und Aggressionen bei allen Betroffenen (Schüler/-innen, Eltern und Lehrkräften) führen können. Diese Haltungen, vor allem wenn sie sich in unterschiedlichen schulischen Kontexten immer wieder reproduzieren, verhindern, dass Schüler/-innen Motivation, Anstrengungsbereitschaft und ein positives Verhältnis zur Schule entwickeln als wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung ihrer Lernleistungen.

Konsequenzen für die Praxis

Um nicht in die Fallen der Kulturalisierung zu tappen, braucht das pädagogische Personal von Schulen mit einem hohen Migrantenanteil Informationen über die Hintergründe von Einwanderungsprozessen, aber auch Fortbildungsangebote, die Vorurteile, Klischees und kulturalisierende Zuschreibungen bewusst machen und interaktiv ein Repertoire von Handlungsmöglichkeiten vermitteln, um Spannungen, Missverständnissen und Konflikte im interkulturellen Kontext aushalten, abbauen, klären bzw. lösen zu können.⁴

² Focus vom 10.4.2006, S. 22

³ Der Tagesspiegel vom 8.7.08 drückt das so aus: „Nicht nur Neukölln – aber dieser Bezirk ganz besonders – hat ein Problem mit Migrantenkindern und deren Eltern, die sich jedem Versuch der Integration widersetzen, die auf Krawall gebürstet sind und sich rechtsfreie Räume erkämpfen wollen.“

⁴ „Eine Welt der Vielfalt“ ist z.B. ein Programm, das derartige Prozesse bewusst macht.

(Fortsetzung nächste Seite)

Integrationsbeauftragter aktuell

(Fortsetzung)

Der Erwerb interkultureller Kompetenzen ergibt sich in dem von Überforderung, alltäglichem Entscheidungsdruck und Stress gekennzeichneten Schulalltag, insbesondere in den sogenannten „sozialen Brennpunkten“, nicht von selbst, sondern ist Ergebnis von Übung, Training und im Idealfall von Supervision. Dafür angemessene Arbeitsbedingungen zu schaffen, liegt in der Verantwortung der Bildungspolitik, inhaltliche Angebote zu formulieren, ist Aufgabe der Lehrerfort- und -weiterbildung.

2. „Du als Türke ...“ Kulturelle Zuschreibungen

In der oben angeführten Aussage Musas klingt das Genervtsein darüber an, dass er sich ständig erklären soll und zwar als Türke und Moslem. Er beschreibt, was viele Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in unterschiedlichen schulischen Kontexten wiederholt erfahren: Sie werden auf eine wie immer verstandene kulturelle Herkunft und Identität festgeschrieben, z.B. mit der türkischen, arabischen Kultur identifiziert und zu Experten ihrer Kultur erklärt und das, obwohl sie das Herkunftsland ihrer Eltern/Großeltern mitunter oft nur noch von den Urlaubsreisen im Sommer kennen.

Einer derartig statischen Betrachtungsweise wird vor allem mit dem Argument widersprochen, dass Menschen sich durch ständiges Aushandeln und Umarbeiten kulturelle Phänomene aneignen und weiterentwickeln. Ein Verständnis von Kultur, dass als Erbe und Besitz vergegenständlicht in spezifischen Kulturkreisen gelebt wird, wird der Dynamik kultureller Prozesse nicht gerecht.

Auch der Begriff „Kulturelle Identität“ ist problematisch, wenn er, verstanden als Prägung, Zugehörigkeit, Herkunft, ein statisches Bild entwirft. Dagegen ist ein prozessualer Begriff zu setzen. Identität ist dann der Prozess, in dem man sich selbst entwirft, in dem man sich zu dem macht, was man ist. Identität ist nicht gleichzusetzen mit der Situation, in der man sich befindet, sondern mit dem, was man aus ihr macht. Kulturelle Identität als Erklärung für Verhalten zu benutzen, heißt, von dem aktiven Prozess der Aneignung abzusehen und den anderen bzw. sich selbst, als passiven Empfänger von Normen und Werten festzulegen.

In den beiden folgenden Gedichten drückt Carl Chung⁵ sehr anschaulich aus, wie er als Kind eines koreanischen Vaters und einer deutschen Mutter sich einerseits der Mehrheitsgesellschaft gegenüber erklären muss, andererseits aus den verschiedenen Quellen seiner Sozialisation schöpft und für seine Identitätsentwicklung profitiert.

⁵Hey, Norbert (Hg.): „Sie haben mich zu einem Ausländer gemacht ...“ Ich bin einer geworden. Ausländer schreiben vom Leben bei uns. Berlin 1993

Identität I

Woher ich komme?

Meine Mutter kam aus dem Schwarzwald nach Schaumburg,
nach Hamburg, nach Tübingen.
Dort kamen beide zu mir.
Ich kam nach Köln – und dort zur Welt,
kam nach Berlin und in die Schule,
kam aus der Schule – und bin noch hier.
Und nun kommst du und fragst, woher ich komme?

Identität II

Was ich bin?

Mein Vater ist Asiat, seine Wurzeln in Korea.
Seine Sprache – hat er eine? Er hat viele.
Meine Mutter ist deutsch, deutsch ihre Ahnen,
deutsch ihre Sprache.
Deutsch ist mein Pass, deutsch meine Sprache.
Deutsch ist mein Wesen – doch ist es nur deutsch?
Deutsch empfinde ich mich –
doch wie empfinden mich die Deutschen?
Nie wirklich diskriminiert –
aber doch ein bisschen Bastard, Rassenschande?
„Ich bin ein Berliner“ – sagte ein Präsident der USA.
Ich sage es auch, und ich lebe hier.

Dilek Güngör, die das Libretto für das Singspiel „Türkisch für Liebhaber“, uraufgeführt an der Neuköllner Oper, geschrieben hat, schildert ihre Erklärungsnot:

„Wie fühle ich mich? Als Türkin oder mehr als Deutsche? Tja, wenn man das immer so wüsste. Immer wenn ich gefragt werde, ob ich mich so oder so fühle, versuche ich in mich hineinzuhorchen, überlege einen Moment und hoffe, dass mir die Antwort kommt. ... Selbst wenn ich eines Tages die Antwort auf diese Frage wissen sollte, viel nützen würde sie mir nicht. Da mag ich noch so deutschdurchdrungen und türkischgestopft durch die Straßen spazieren, es wird immer jemanden geben, der mich korrigiert und sagt: 'Sie haben vielleicht einen deutschen Pass, aber ihre Wurzeln liegen doch ganz woanders.' Dann erinnere ich mich wieder, dass ich Wurzeln habe, sehr strapazierbare wohl, denn sie sind all die Jahre nicht rissig geworden, obwohl sie doch von Berlin bis fast an die türkisch-syrische Grenze reichen.“⁶

Die Suchbewegungen der Kinder und Jugendlichen der 3. Generation, ihr Bemühen viele Einflüsse, Erfahrungen zu vereinbaren und zusammenzuführen und so eine ständig wechselnde in einem ständigen Prozess sich verändernde Identität, eine multiple Identität, auszubilden, wird durch Schule gar nicht oder nicht angemessen wahrgenommen oder mit Misstrauen verfolgt. „Ihre pluralen kulturellen Identitäten, mit denen sie sich durchaus in Deutschland verorten, ohne ein ostentatives bzw. emotionales Bekenntnis zum `Deutsch-Sein` damit zu verbinden, werden häufig als suspekt, da zu uneindeutig und nicht fassbar empfunden.“⁷

⁶Neuköllner Oper, Programmheft „Türkisch für Liebhaber“ 2008

⁷Yasemin Karakaşoğlu: Integration braucht Identifikation. In: Bertelsmann-Stiftung (Hg.): Integration braucht faire Bildungschancen, Gütersloh 2008. S. 179-188

(Fortsetzung nächste Seite)

Integrationsbeauftragter aktuell

(Fortsetzung)

In Formulierungen wie z.B. „hin und her gerissen zwischen den Kulturen“ wird die Suche als problembehaftet, krisenhaft, ja fast pathologisch interpretiert. Die Probleme, die bei derartigen Suchbewegungen auftreten können, noch dazu wenn es an Begleitung und Unterstützung fehlt, sollen nicht verharmlost werden. Eine veränderte Perspektive, die sich von einem homogen deutschen Selbstverständnis, wie es sich in dem Begriff „Leitkultur“ niederschlägt, verabschiedet und die multiple Persönlichkeit in den Blick rückt, wird der Realität vieler Kinder und Jugendlicher, nicht nur derjenigen mit Migrationshintergrund, eher gerecht. Sie ermöglicht es außerdem, die Wertschätzung inkorporierter Ressourcen, wie z.B. Zwei- und Mehrsprachigkeit, auszudrücken.

In der folgenden Aussage von Dilek Intepe kommt die Normalität dieser Suche nach Zugehörigkeit, Orientierung und Identität, die sich aus vielen Quellen in der Sozialisation speisen kann, zum Ausdruck.

„Mit Beginn der Pubertät begann ich über meine Identität nachzudenken und mich von meinem deutschen Umfeld zu distanzieren, weil ich als „Türkin“ gesehen werden wollte. Es war ein ständiges Hin- und Herrutschen zwischen diesen beiden Stühlen (deutsch-türkisch). Bis ich zu der Erkenntnis kam, dass ich ganz bewusst und gewollt auf beiden Stühlen sitze, hat es lange Zeit gebraucht. Heute sage ich ganz selbstverständlich: Ich bin Berlinerin mit türkischer Herkunft – und ich bin Deutsche.“⁸

Konsequenzen für die Praxis

Anknüpfend an das Bild von Dilek Intepe ist für die pädagogische Praxis zu fragen: Wie können Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund darin unterstützt werden, sich auf zwei oder sogar mehreren Stühlen bequem und sicher einzurichten? Auf welche Ressourcen können sie dabei zurückgreifen und welche Ausdrucksmöglichkeiten für die verschiedenen Aspekte ihrer Identitätsentwicklung finden sie? Das Ziel pädagogischer Bemühungen muss es sein, unterschiedliche Orientierungen, Wertungen und Denkmuster transparent zu machen, ohne Schüler/-innen darauf zu reduzieren und durch die Zuschreibung spezifischer Eigenschaften zu etikettieren (Du als Türke, Moslem ...). Schule kann Gemeinsamkeiten erfahrbar machen und die Schüler/-innen ermutigen und unterstützen, Differenz selbstbestimmt zu artikulieren und sich fremdbestimmten Zuschreibungen zu widersetzen.

3. „Inzwischen sage ich:**O.k. ich bin der Türke.“ Selbstzuschreibung**

Ayşe Çağlar, Sozialanthropologin, spricht von einem herrschenden „Kulturkonzept als Zwangsjacke“, in das man durch Ethnisierung und Kulturalisierung schnell gesteckt werden kann⁹.

⁸Auszug aus einem Porträt in: Lubig-Fohsel, Evelin: Der deutsche Pass hat viele Gesichter – Handreichung zur Einbürgerungskampagne. Hg.: Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration. Berlin 2008

⁹Çağlar, Ayşe S.: Das Kultur-Konzept als Zwangsjacke. In Studien zur Arbeitsmigration, Zeitschrift für Türkeistudien (1). 1990. S.93-105

In den Aussagen von Musa kommt zum Ausdruck, dass er aufgrund der sich wiederholenden Zuschreibungen beginnt, die Zwangsjacke freiwillig anzuziehen. Es besteht die Gefahr, dass er sich damit selbst Chancen zur Weiterentwicklung nimmt und nicht mehr offen ist für Impulse, um andere Normen, Werte und kulturelle Ausdrucksformen zu reflektieren und ggf. in sein Weltbild und Selbstverständnis zu integrieren.

Werner Schiffauer hat aus einer sozialanthropologischen Perspektive anhand von Fallstudien gezeigt, wie u.a. die in der Schule erfahrenen stigmatisierenden Fremdzuschreibungen bei Jugendlichen der 3. Migrantengeneration Sprachlosigkeit, Wut und Widerstand hervorrufen. Diese Fremdzuschreibungen werden aber auch angeeignet und führen mit eigenem Inhalt gefüllt zur Selbstethnisierung, indem man sich bewusst als „Ausländer“, „Araber“, „Türke“ zu definieren beginnt und den Gegensatz zur Mehrheitsgesellschaft betont. Werner Schiffauer weist auf die Gefahr der Segregation hin, die diese subtil und unmerklich ablaufenden Prozesse zur Folge haben können.¹⁰

Das Gefühl nicht dazuzugehören und als Fremde/Fremder angesehen zu werden, drückt sich für Kinder und Jugendliche auch darin aus, wenn sie z.B. immer noch als Ausländerin/Ausländer bezeichnet und behandelt werden. Dass der Begriff „ausländische Kinder“ (siehe Zitat oben), die Rede von „den Ausländern“ trotz einer inzwischen über 40jährigen jüngeren Einwanderungsgeschichte und trotz der Tatsache, dass die 2. und 3. Generation bereits hier geboren ist und viele die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, so ungebrochen, ohne Wenn und Aber, über die Lippen von Vertreter/-innen der Mehrheitsgesellschaft geht, ist als Hinweis zu lesen, dass die deutsche „Abstammungsgemeinschaft“ trotz reformierten Staatsangehörigkeitsrechts immer noch in vielen Köpfen weiterlebt. „Deutsch ist man bekanntlich, das kann man nicht einfach werden. Diese zähe Tradition bekommen die Migranten zu spüren: kulturelle Ausgrenzung, die zwischen einem deutschen **Wir** und einem fremden **Die** eine scharfe Trennungslinie zieht.“ ... Gegen die erfahrenen Demütigungen „hilft nur Trotz und Besinnung auf das vermeintlich Eigene. Auf den Schutz durch Familie, Verwandtschaft, Freunde. ... Dort scheint der Entwurf einer eigenen Identität tatsächlich möglich und vor allem erreichbar. Einer Identität als respektiertes Mitglied einer Gemeinschaft, die Wärme vermittelt, die sich auf feste Traditionen und Werte beruft und sich dadurch auch selbstbewusst von der Mehrheitsgesellschaft abgrenzt. Kein Wunder, dass viele Jugendliche für sich nur diesen Weg offen sehen.

¹⁰ Schiffauer, Werner: Migration und kulturelle Differenzstudie für das Büro der Ausländerbeauftragten des Senats von Berlin 2002

(Fortsetzung nächste Seite)

Integrationsbeauftragter aktuell

(Fortsetzung)

Er erscheint ihnen als einziger Ausweg – ja: aus Heimatlosigkeit!¹¹ Vor diesem Hintergrund entwickeln die Jugendlichen ihrerseits Strategien „der aggressiven Verächtlichmachung der Mehrheitsgesellschaft. Vor allem dort, wo Deutsch zur Minderheitenposition wird. „Scheißdeutscher“ soll dem Mitschüler offenbar dasselbe Gefühl der Diskriminierung vermitteln, das der „Scheißtürke“ bereits erfahren hat. Es ist aber wohl auch ein Stück trotziges Selbstorientalisierung, mit der gespielt wird, weil dieses Sich-Fremd-Machen auch ein Gefühl von Selbstachtung und Kraft vermittelt.“¹²

Die Bedenken von Schiffauer und Kaschuba sind zu teilen, denn der Weg der Selbstethnisierung hat für viele Jugendliche fatale Folgen; er führt weiter in die gesellschaftliche Marginalisierung und verhindert die Identifizierung mit den Zielen und Inhalten der deutschen Schule.

Konsequenzen für die Praxis:

Schule hat die schwierige Aufgabe, der Entstehung und Verfestigung von Ausgrenzungsdynamiken entgegenzuwirken. Das bedeutet für das pädagogische Personal sich die eigenen kulturalisierenden Muster bewusst zu machen und sie zu überwinden. In der Arbeit mit den Schüler/-innen gilt es, den Anerkennungsbedürfnissen Rechnung zu tragen und gleichzeitig zu verhindern, dass die entstehenden Grenzziehungen sich verhärten. Grenzziehungen werden sich nicht verhindern lassen, es ist aber darauf zu achten ist, dass diese Grenzen durchlässig gehalten werden.¹³

Ausblick

Kulturalisierungen und Ethnisierungen konstruieren im schulischen Kontext einen unheilvollen Zusammenhang zwischen kultureller/ethnischer Herkunft und Schulerfolg. Sie verhindern die Einnahme einer differenzierten und realistischen Perspektive auf Entwicklungsprozesse und Dynamiken in einer Einwanderungsgesellschaft und blockieren Maßnahmen, mit denen die Zwangsläufigkeit, dass die soziale Herkunft den Schulerfolg bestimmt, aufgelöst werden kann. Soll Chancengleichheit als bildungspolitisches Ziel ernst genommen und durch geeignete Projekte unterstützt werden, darf der Blick nicht auf ethnische/kulturelle Aspekte verengt werden. Mit Projekten wie z.B. FörMig (Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund) oder BQN (Berufliches Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten) werden die Akzente einer Förderung gesetzt, die den soziokulturellen Voraussetzungen von Kindern und Jugendlichen/jungen Erwachsenen in sozial schwachen Quartieren Rechnung trägt.

¹¹ Kaschuba, Wolfgang (geschäftsführender Direktor des Instituts für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität): In: der Tagesspiegel vom 14.1. 2007

¹² Kaschuba, Wolfgang, a.a.O.

¹³ Siehe auch Schiffauer, Werner, a.a.O. S.68

Zentrales Anliegen der Projekte ist es, dass die Schule bzw. der Ausbildungsplatz als ein Ort verstanden werden, an dem Differenz akzeptiert und mit Heterogenität so umgegangen wird, dass alle Schüler/-innen bzw. Auszubildende aus sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen eine Förderung erfahren, die es ihnen ermöglicht, qualifizierte Abschlüsse zu erwerben und darüber vermittelt Zugang zu den Ressourcen der Gesellschaft zu erhalten. Es ist zu hoffen, dass sich die Ergebnisse der Projekte auf die Regelsituation übertragen lassen und neue Perspektiven auf Schule in der Einwanderungsgesellschaft eröffnen.

Evelin Lubig-Fohsel

Geb. 1944 in Breslau

Ethnologin MA (regionaler Schwerpunkt Türkei) und Grundschulpädagogin (zuletzt an der deutsch-türkischen Europaschule) arbeitet zum Themenschwerpunkt „Schule in der Einwanderungsgesellschaft/Interkulturelle Pädagogik“ als Lehrbeauftragte an der Universität Hamburg, FU-Berlin und als Dozentin in der Lehrerweiterbildung; zahlreiche Publikationen zum Thema.

Integrationsbeauftragter aktuell

Pressemitteilung vom 02.12.2009, 15:15 Uhr

Senat

"RESPEKT GEWINNT!" -

Der Berliner Ratschlag für Demokratie überreicht am 02.12.2009 die Preise des Berliner Aktionswettbewerbs.

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Die Kinder der Freien Schule am Mauerpark und die Jugendgruppe "Alle in einem Boot" gewinnen die beiden 1. Preise im Respekt-Wettbewerb des Berliner Ratschlag für Demokratie. Für ihr Engagement werden die beiden Gruppen während eines "Respekt-Abends" geehrt.

Aus der ganzen Stadt wurden Beiträge zu dem Aktionswettbewerb eingereicht. Eine Jury hat folgende Preisträgerinnen und Preisträger ermittelt.

- Preis: Freie Schule am Mauerpark: "Respekt ist für mich..."
- Preis: Alle in einem Boot: "Ghetto ist immer woanders"
- Preis: Interkultureller Jugendbeirat von Babel e.V. "Mal nachgefragt"
- Preis: Afrotak TV "Spoken Word Performance"
- "Respekt-Preis" (Sonderpreis der Jury): Evangelischer Kirchenkreis Wilmersdorf: "Fußballspiel Pfarrer vs. Imame".

Zu der Preisverleihung sind alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Wettbewerbs eingeladen. Gratulieren wird auch die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm: "Ich freue mich über das Engagement der Wettbewerbsteilnehmenden! Mit ihren Beiträgen haben sie gezeigt, dass es möglich ist, sich mit Kreativität und Spaß für eine respektvolles Zusammenleben in Berlin einzusetzen."

Im Programm des "Respekt-Abends" treten die Berliner Reggae Stars Pyromerz & Mellow Mark und der Comedian FIL - Die Stimme Berlins auf. Durch den Abend führt Radio Fritz-Moderatorin Magdalena Bienert.

Der Wettbewerb "Respekt gewinnt!" ist eine Aktion des Berliner Ratschlag für Demokratie. Dieses Bündnis Berliner Persönlichkeiten setzt sich dafür ein demokratische Haltungen zu stärken und Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu ächten. Respektabend - Die Preisverleihung zum Wettbewerb "Respekt gewinnt" am 02.12.2009, 18:30 - 20:00 Uhr im Heimathafen Neukölln, Karl-Marx-Straße 141, 12043 Berlin.

Weitere Informationen: Sabine Wessels Kommunikationsmanagement. Tel.: (0172) 8819117,

E-Mail: kontakt@sabine-wessels.de

Informationen zum Ratschlag und zum Wettbewerb

<http://www.berlinerratschlag fuerdemokratie.de>

Rückfragen: Karin Rietz, Telefon: 9028 2743

Pressemitteilung vom 03.12.2009, 13:20 Uhr

Integration / Migration / Auslaender

SENATORIN BLUHM ÜBERREICHT INTEGRATIONSPREIS 2009 AN BERLINER SPORTVEREINE

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Am Montag, den 07. Dezember 2009 überreicht die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm den Integrationspreis des Landesbeirates für Integrations- und Migrationsfragen. Ausgezeichnet werden Vereine der interkulturellen Sportjugendarbeit aus Berlin, die sich in besonders vorbildhafter Weise um junge Menschen verdient gemacht haben. Der Integrationspreis wird jährlich vom Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen ausgelobt. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert.

Wann: Montag, den 07. Dezember 2009, um 18.00 Uhr
Wo: Werkstatt der Kulturen, Wissmannstraße 32, 12049 Berlin. Teilnehmende: Carola Bluhm, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales und Vorsitzende des Landesbeirates für Integrations- und Migrationsfragen Hakan Tas, Vertreter der Migrantinnen und Migranten des Integrationsbeirates Ehrhart Körting, Senator für Inneres und Sport.

Vor der Preisverleihung findet eine Gesprächsrunde zum Thema Integration und Sport statt, an der Claudia Zinke, Staatssekretärin für Bildung, Mehmet Matur, Präsidialmitglied des Berliner Fußball-Verband e.V. sowie Tatjana Forner, Vertreterin der Migrantinnen und Migranten des Integrationsbeirates teilnehmen. Die Veranstaltung ist öffentlich. Vertreterinnen und Vertreter der Medien sind herzlich eingeladen.

Rückfragen: Anja Wollny, Telefon: 90282743

Pressemitteilung vom 04.12.2009, 13:15 Uhr

Integration / Migration / Auslaender

Berliner Integrationsbeirat auf seiner konstituierenden Sitzung: RELIGIONSFREIHEIT IST NICHT VERHANDELBAR - MINARETTE SIND TEIL EUROPÄISCHER STÄDTE

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Der Landesbeirat für Integration und Migration (Integrationsbeirat) hat auf seiner konstituierenden Sitzung folgende Erklärung verabschiedet:

"Der Landesbeirat für Integration und Migration ist besorgt über den Erfolg der Initiative für ein Minarettverbot in der Schweiz. Musliminnen und Muslimen wird die Tür zugeschlagen, ihr Recht zur selbstständigen Ausübung ihrer Religion in Frage gestellt.

(Fortsetzung nächste Seite)

Integrationsbeauftragter aktuell*(Fortsetzung)*

Der Integrationsbeirat hofft, dass die Umsetzung des Minarettverbots über eine Klage beim Europäischen Gerichtshof noch gestoppt wird.

Berlin bekennt sich zu seiner religiösen und kulturellen Vielfalt und steht dafür ein, dass Grundrechte wie das auf freie Religionsausübung nicht zur Disposition stehen. Nicht zuletzt mit Blick auf die deutsche Geschichte müssen wir sehr wachsam sein gegenüber Versuchen, einzelnen Bevölkerungsgruppen Grundrechte zu verwehren oder sie ihnen nur zum Teil zuzugestehen.

Der Integrationsbeirat fordert den Senat auf, im kommenden Jahr eine Informationskampagne für kulturelle Vielfalt in der Einwanderungsstadt Berlin durchzuführen. Wir möchten damit auch hier bestehende Vorbehalte gegen den Islam als Religion durch Aufklärung und Information mindern und einen konstruktiven Dialog zwischen den verschiedenen Weltanschauungen, Religionen und Kulturen in unserer Stadt befördern."

Der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen wurde im Jahr 2003 durch den Senat als zentrales integrationspolitisches Beratungsgremium eingerichtet. In dem von der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm geleiteten Gremium beraten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, Nichtregierungsorganisationen und gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Migrantinnen und Migranten integrationspolitische Fragen. Der Landesbeirat konstituiert sich jeweils für zwei Jahre. Vor jeder Amtsperiode werden Migrantinnenvertreterinnen und -vertreter für verschiedene Regionen von Vereinen und Verbänden für Migrations- und Integrationsarbeit gewählt. Den stellvertretenden Vorsitz übernimmt Hakan Tas, der sich bereits seit der Gründung des Landesbeirats dort engagiert.

Mehr Informationen:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/beirat/index.html>

Rückfragen: Karin Rietz, Telefon: 9028 2743

Pressemitteilung vom 04.12.2009, 12:45 Uhr
Integration / Migration / Ausländer

BILANZ DES AKTIONSPROGRAMMS**"VIELFALT FÖRDERN -****ZUSAMMENHALT STÄRKEN":****Jung, männlich, Migrationshintergrund. Beispielhafte Wege aus der "Defizitalle"**

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Am 8. Dezember 2009 wird in der Werkstatt der Kulturen Bilanz gezogen. 17 Projekte haben seit Mai 2008 am zweiten Aktionsprogramm des Senats teilgenommen. Es wurden insgesamt 950.000 Euro dafür bereitgestellt. Das zweite Aktionsprogramm hatte zwei Schwerpunkte:

1. Es richtete sich bevorzugt an männliche jugendliche Migranten und Väter. Sie werden in der öffentlichen Diskussion meist als "Gewaltbereite", "Bildungsverlierer" und "traditionelle Familienmachers" wahrgenommen. In der Projektarbeit kam es auf unterstützende und differenzierte Sichtweisen an - auf soziale Teilhabe, Brücken durch Sport und jugendkulturelle Begegnungen, in Ausbildung und Jobs.

2. Der zweite Schwerpunkt richtete sich auf die "Tandem"-Zusammenarbeit von traditionellen Trägern und Migranten(selbst)organisationen. Dadurch konnten die Zielgruppen besser erreicht werden. Es wurden - nicht immer einfache - Erfahrungen in gemeinsamer Projektarbeit gemacht.

Die Staatssekretärin für Integration und Arbeit Kerstin Liebich, der Beauftragte des Senats für Integration und Migration Günter Piening sowie Dr. Ingeborg Beer vom Büro für Stadtforschung + Sozialplanung (begleitende Evaluation) stellen das Aktionsprogramm im Kontext der Berliner Integrationspolitik dar. Die beteiligten Projekte werden sich ebenfalls präsentieren. Sie stellen eine Handreichung für Multiplikatoren zum Thema "Homosexualität in der Einwanderungsgesellschaft" vor und beschreiben, wie Straffentlassene erfolgreich auf ihrem Weg "Legal leben" begleitet, Eltern in die Berufsorientierung ihrer Kinder einbezogen und Väter in ihrer Erziehungs-Verantwortung gefördert werden konnten.

Bei einer Podiumsdiskussion wird es um folgende Fragen gehen: Was wissen wir über die konkreten Lebenslagen männlicher Jugendlicher, von Vätern, Müttern mit unterschiedlichen kulturellen Wurzeln? Wie nehmen sie die mediengeprägten Zuschreibungen wahr? Welche Rolle spielen Sport, Jugendkulturen, Rap? Welche Verantwortung haben Politik und Regelinstitutionen für diese Gruppe der nachwachsenden Generation in Berlin?

Beteiligt sind:

- Cheick Jungermann vom Projekt "Legal leben" (Gangway e.V.),
- Dr. Michael Kohlstruck (TU Berlin),
- Dr. Eberhard Löhnert (PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband Berlin e.V.),
- Arnold Mengelkoch (Migrationsbeauftragter Neukölln) und
- Michael Tunc (Väter-Experten-Netze e.V. Köln).

Die Moderation übernimmt der Journalist Christian Stahl.

Datum: 8. Dezember 2008 Zeit: 10:00 - 16:30 Uhr Ort: Werkstatt der Kulturen, Wissmannstr. 32 in 12049 Berlin.

Rückfragen: Anja Wollny, Telefon: 9028 2743

Integrationsbeauftragter aktuell

Pressemitteilung vom 04.12.2009, 16:20 Uhr
Integration / Migration / Ausländer

**Integrationsministerin Bluhm:
"VORBILDER ZEIGEN EINE ANDERE
EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT"**

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Am kommenden Sonntag findet die Veranstaltung "Vorbilder schaffen 09" an der Freien Universität Berlin statt. Dieses Mal heißt das Motto: "Meine Mutter - mein erstes Vorbild!" Organisiert wird das Ereignis von M.A.H.D.I. e.V. ("Muslime Aller Herkünfte, Deutscher Identität"). Der Verein möchte den interkulturellen und interreligiösen Dialog aktivieren.

Integrationsministerin Carola Bluhm wird ein Grußwort sprechen: "Dass die soziale und ethnische Herkunft und der Bildungsstand des Elternhauses sowie die frühe Trennung in die verschiedenen Schulformen über die Bildungskarriere von Kindern entscheiden - das ist bildungs- und gesellschaftspolitisch ein massiver Rückschritt und führt in die Sackgasse. Das bundesdeutsche Bildungswesen benachteiligt gerade Einwandererkinder, deren Eltern früher einmal als ungelernete Arbeitskräfte nach Deutschland gekommen sind und die später durch den Abbau der Industriearbeitsplätze ihre Jobs verloren haben. Internationale Studien stellen immer wieder fest, dass gerade in Deutschland die Benachteiligung der Einwandererfamilien auf dem Bildungssektor wesentlich größer ist als in vergleichbaren Industriestaaten. Und deshalb gehen wir in Berlin einen anderen Weg. Wir wollen, dass die Kinder länger gemeinsam lernen, dass nicht die Herkunft und der Bildungsgrad des Elternhauses über den Erfolg der Kinder entscheiden. Alle sollen die gleichen Chancen haben. Wir werden deshalb die Gemeinschaftsschule von der ersten Klasse bis zum Abitur ausbauen und mit der Sekundarschule allen Kindern ermöglichen, Abitur oder einen qualifizierten Abschluss ihrer Wahl zu machen. Und dass ein Migrationshintergrund nicht automatisch ins bildungspolitische Abseits führt, dafür ist die heutige Veranstaltung deutlicher Beweis. Immer mehr Kinder aus Einwandererfamilien schaffen höhere Bildungsabschlüsse. Die Zahl der Abiturienten mit Migrationshintergrund hat sich in den vergangenen Jahren stetig vergrößert und lag im letzten Jahr bei 21,8 Prozent. 2003 waren es noch 12,2 Prozent. Dass die Entwicklung in diese Richtung verläuft, daran haben auch alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer heute einen wichtigen Anteil und dafür danke ich Ihnen allen. Hier sind Sie, die Vorbilder, die zeigen, dass die Wirklichkeit der Einwanderungsgesellschaft eine ganz andere ist, als es viele Negativschlagzeilen glauben machen. Von solchen Vorbildern brauchen wir in unserer Gesellschaft immer mehr, damit das Zusammenleben der Kulturen gelingt."

Datum: 06. Dezember 2009 Zeit: 15 Uhr Ort: Freie Universität Berlin - Henry Ford Bau, Garystraße 35, 14195 Berlin-Zehlendorf.

Rückfragen: Karin Rietz, Telefon: 9028 2743

Pressemitteilung vom 07.12.2009, 17:15 Uhr
Soziales

**EHRENNADELN FÜR BESONDERES SOZIALES
ENGAGEMENT IN BERLIN VERLIEHEN**

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Heute verlieh die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm gemeinsam mit der Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement Monika Helbig im Wappensaal des Roten Rathauses an zwölf besonders aktive ehrenamtlich tätige Berlinerinnen und Berliner die Berliner Ehrennadel für herausragendes soziales Engagement. Die Senatorin bedankte sich herzlich für das herausragende Engagement der Geehrten und würdigt deren freiwillige Arbeit für das Gemeinwohl.

"Ohne den Einsatz der vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger würde auch in unserer Stadt viel an sozialer Wärme fehlen. Kein Staat könnte - selbst beim besten Willen und bei vollen Kassen - all das verwirklichen, was in unserer Gesellschaft durch Selbsthilfe und soziales Ehrenamt vollbracht wird. Wir haben in Berlin die Bedingungen für das bürgerschaftliche Engagement verbessert. Fast jeder dritte Berliner ist inzwischen dabei. Das ist mehr als eine erfreuliche Statistik. Das ist tägliche Unterstützung von Menschen in unserer Stadt. Ich möchte alle ermuntern, sich auch weiterhin zu engagieren und sich an den neun Frauen und drei Männern, die wir heute ausgezeichnet haben, ein Beispiel zu nehmen. Sie haben in langjähriger ehrenamtlicher Arbeit vieles geleistet und wir haben das heute besonders gewürdigt."

Die in diesem Jahr Ausgezeichneten sind:

Anni Brummund, 80 Jahre, tätig seit 15 Jahren, vorgeschlagen vom Bezirksamt Pankow, wirkt seit Gründung vor 10 Jahren aktiv im Kuratorium der Seniorenstiftung Prenzlauer Berg mit, setzt sich insbesondere für die Rechte der Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeheimen im Bezirk Pankow ein, bildete mit weiteren Mitgliedern der Seniorenvertretung die AG "Heime", vermittelt gemeinsam mit ihrer AG den Heimbeiratsmitgliedern in Schulungen die erforderlichen Kenntnisse, organisiert regelmäßig die Treffen der Heimbeiräte.

Elife Caner, 52 Jahre, tätig seit 11 Jahren, vorgeschlagen vom: Kompetenzzentrum Interkulturelle Öffnung, seit 1998 tätig im Selbsthilfeprojekt Nachbarschaftshaus "Am Lietzensee", baute den Nachbarschaftstreff mit auf und belebte ihn durch Angebote wie Deutsch-Kurse, Kurse im Gesundheitsbereich, kulturelle Angebote, Stadtteilstiftung, kümmert sich in unermüdlichem Einsatz um ihre türkischen Landsleute.

Ingrid Drewes, 85 Jahre, tätig seit 61 Jahren, vorgeschlagen vom Diakonischen Werk, seit 1948 in verschiedenen Bereichen der Gemeinde tätig, derzeit in einem Café für ältere Menschen in der Linden-Kirchengemeinde aktiv.

(Fortsetzung nächste Seite)

Integrationsbeauftragter aktuell

(Fortsetzung)

Werner Falk, 72 Jahre, tätig seit 47 Jahren, vorgeschlagen von der Evangelischen Kirche, seit 1962 tätig in der Organisation Aktion Sühnezeichen, gehörte damals zu den ersten Freiwilligen in der Völkerverständigung mit der Sowjetunion, führt seit 1995 jährlich Studienreisen durch, seit 2003 gilt sein Engagement dem jüdisch-christlichen Dialog und der Verständigung mit dem Staat Israel, organisiert regelmäßig Gedenkgottesdienste.

Isidoro Fernandez-Momparler, 75 Jahre, tätig seit 15 Jahren, vorgeschlagen vom Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, seit 1994 tätig in einer Sozialkommission, einem Seniorenwohnhaus und einer Seniorenfreizeitstätte, baute ein kleines Altenhilfenetzwerk im Seniorenwohnhaus auf, begleitet Bewohner bei Einkäufen, Arztbesuchen und Veranstaltungen, organisiert Kaffeerunden sowie den Mittagstisch für die Bewohner, seit 2000 im GSW Mieterverein, Schlichter bei Meinungsverschiedenheiten, Mitarbeit im AWO Begegnungszentrum, Organisation von Veranstaltungen, seit 2008 Leitung einer spanischen Seniorengruppe, seit 1996 Mitglied der Seniorenvertretung im Bezirk, als Vertreter einer Migrantengruppe der Sozialkommissionen organisiert er gemeinsame Treffen mit Migrantinnen und Migranten verschiedener Kulturkreise, tätig im Projekt "Kiezdedektive" einer Schule im Bezirk, organisiert jährlich ein Nachbarschaftsprojekt zum Berliner Freiwilligen-Tag, herausgehobene Verdienste in der bezirklichen Seniorenarbeit.

Mechthild Hartung, 77 Jahre, tätig seit 18 Jahren, vorgeschlagen vom Bezirksamt Treptow-Köpenick, ehrenamtliche Vorsteherin der Sozialkommission in Altglienicke, organisiert Treffen mit Senioren und Aussiedlern, sie vermittelt Sprachförderung für Aussiedlerkinder und Englischunterricht für Schüler, engagiert sich mit hoher Empfindsamkeit, Klugheit und Geduld.

Gabriele Herbrechtsmeier, 58 Jahre, tätig seit 34 Jahren, vorgeschlagen von der Stadtmission, tätig in der City-Station, einem Restaurant für wohnungslose und sozial benachteiligte Menschen, teilt Essen aus, arbeitet in der Küche, führt Gespräche mit den Gästen.

Susanne Rehberg, 38 Jahre, tätig seit 10 Jahren, vorgeschlagen von der Volkssolidarität Berlin, tätig in der Sterbebegleitung, leistet Öffentlichkeitsarbeit, Mitarbeit im Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz, Mitarbeit bei der Hospizwoche, Engagement bei der Ausbildung von Hospizhelfern, Tätigkeit als Referentin, leistet Öffentlichkeitsarbeit im Land Berlin.

Elisabeth Schmidt, 68 Jahre, tätig seit 36 Jahren, vorgeschlagen vom Ricam Hospiz, 1973 bis 1978 in Kirchengemeinde tätig, seit 1990 beteiligt an Hilfsgütertransporten, seit 1994 tätig in der ökumenischen Gemeinschaft, seit 1997 aktiv beteiligt an der Gründung und Spendenakquise des ersten stationären Hospizes in Berlin, seit 2003 engagiert für das Ricam-Hospiz tätig, ihre Vielseitigkeit, ihre außergewöhnliche Einsatzbereitschaft und ihr großes Wissen sind tragende Kraft im Hospiz.

Ruth Schröer, 77 Jahre, tätig seit 41 Jahren, vorgeschlagen von der AWO Berlin, von 1968 bis 1980 ehrenamtliche Arbeit für und mit Frauen sowie dem Aufbau der Hauspflegearbeit im Bezirk Kreuzberg, von 1980 an begleitete sie den Aufbau der Sozialstationen, seit Mitte der 90er Jahre Aufbau und Leitung im Café in der Oranienstraße, wirkt aktiv bei Straßenfesten und Veranstaltungen mit, sie organisiert die Reihe "Kultur im Café" sowie das "Frauenfrühstück im Café", unterstützt auch die Jugendpflegearbeit in Kinder- und Jugendgruppen bei der Ella-Kay-Stiftung.

Kurt Söldner, 81 Jahre, tätig seit 60 Jahren, vorgeschlagen vom Sozialverband VdK, seit 1972 ehrenamtlicher Richter am Sozial- bzw. Bundessozialgericht, seit 1980 Bundesschatzmeister des BDKK (Bund Deutscher Kriegsbeschädigter, Körperbehinderter und Sozialrentner) Landesverband Berlin e.V., 1984 Wahl zum Landesvorsitzenden des LV Berlin des BDKK, 1990/91 Beratung in Rentensachen, 1991 Mitglied des Beirats der Stiftung Invalidenhaus Berlin, 1992 bis 1996 Berufung in den beratenden Ausschuss für Behinderte und stellvertretendes Mitglied im Beirat der Hauptfürsorgestelle Berlin, seit 1992 in verschiedenen Funktionen im VdK tätig, Vorsitzender des Kreisverbandes Süd, leitet die Fachschaft Hirnverletzte im Sozialverband VdK. 1981 Verleihung des Verdienstkreuzes am Bande des Verdienstordens, 1987 Verleihung des Verdienstkreuzes, 1997 Goldene Ehrenplakette des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, 1999 Verleihung des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Karin Splittgerber, 70 Jahre, tätig seit 11 Jahren, vorgeschlagen vom Landesseniorenbeirat und der Landesseniorenvertretung, seit 1996 verschiedene Funktionen im Verband "Jahresringe e.V.", engagiert sich für ein polnisches Projekt "Drittes Lebensalter Gorzow-Berlin", Mitglied im Landesseniorenbeirat, erhielt 1989 die Pestalozzimedaille in Gold und 2003 die Ehrenmedaille für besondere Verdienste der Stadt Gorzow/Polen.

Rückfragen: Karin Rietz, Telefon: 9028 2743

Pressemitteilung vom 07.12.2009, 16:20 Uhr
Integration / Migration / Ausländer

DER ERSTE BERLINER JUDO CLUB 1922 E.V. (EBJC) ERHÄLT DEN INTEGRATIONSPREIS 2009

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit: Für seine langjährige, erfolgreiche und professionelle Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bis ins Rentenalter mit arabischer, brasilianischer, deutscher, japanischer und türkischer Herkunft erhält der Erste Berliner Judo Club 1922 e.V. (EBJC) den Integrationspreis 2009 des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen.

Ausgezeichnet wurden Vereine der interkulturellen Sportjugendarbeit aus Berlin, die sich in besonders vorbildhafter Weise um junge Menschen verdient gemacht haben. Der EBJC wurde 1922 gegründet, zählt 420 Mitglieder und ist durch den Judosport geprägt ist.

(Fortsetzung nächste Seite)

Integrationsbeauftragter aktuell*(Fortsetzung)*

Judo und auch Ju-Jitsu lehrt das Sozialverhalten in der Gruppe mit dem Bewusstsein, auch Schwächere zu unterstützen. Integration ist zentraler Bestandteil der Vereinsphilosophie. Die Trainingsstätte des Vereins befindet sich inmitten des Neuköllner Kiezes. Als Dojos (Übungshallen in den japanischen Kampfkünsten) dienen die Sporthallen der Thomas-Morus-Schule und der Herrmann-Sander-Schule. Dort liegt der Anteil an Migranten, Flüchtlingen und Spätaussiedlern zwischen 80 und 90 Prozent. An beiden Schulen sind mehr als 40 Ethnien vertreten.

Um neben diesem vorbildhaften Verein auch die Vielzahl anderer hervorragender Vereine zu würdigen, hat die Jury - bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Integrationsbeirates, der Sportjugend Berlin, der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und dem Büro des Integrationsbeauftragten - den Preis in einen mit 3.000 Euro dotierten 1. Preis und zwei zweite Preise mit je 1.000 Euro aufgeteilt.

Die beiden letztgenannten gingen an den FFV Spandau e.V. mit dem Projekt "Berlin Bolzt" und an den FASO Initiative e.V. mit dem "Projekt Baobab!". Der Integrationspreis wird jährlich vom Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen ausgelobt. Das Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro stellt der Beauftragte für Integration und Migration des Senats von Berlin zur Verfügung.

Weitere Informationen: Edith Tomaske, Telefon: 9017 2356

Rückfragen: Karin Rietz, Telefon: 9028 2743

Pressemitteilung vom 09.12.2009, 12:50 Uhr
Gleichstellung"

**DISKRIMINIERUNG HAT VIELE GESICHTER!":
Kampagne gegen Diskriminierung geht weiter**

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Mit dem Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2009 setzt die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) ihre Sensibilisierungskampagne "Diskriminierung hat viele Gesichter" fort. Bis zum 17. Dezember dieses Jahres werden im "Berliner Fenster" - dem Fahrgastfernsehen der Berliner U-Bahn - Informationsspots zu sehen sein, die das Thema Diskriminierung aufgreifen. Sie zeigen, auf welcher unterschiedlichen Art Menschen diskriminiert werden: ganz offensiv oder kaum wahrnehmbar. Die kleinen Filme beschäftigen sich mit Fragen wie: Sind Menschen einfach... ..zu alt für den Job ? ...zu lesbisch für die neue Wohnung ? ...zu behindert für den Restaurantbesuch ? ...zu religiös für den Ausbildungsplatz ? ...zu schwul für das Grundgesetz? ...zu weiblich für den Aufstieg? .. zu schwarz für den Stadtteil?

Mit der Informationskampagne verfolgt die LADS das Ziel, die Wahrnehmung für Diskriminierungen zu erhöhen, über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zu informieren und Beratungsmöglichkeiten anzubieten.

Berlins Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm betont: "Gegen Diskriminierung vorzugehen heißt zunächst, sie sichtbar zu machen. Wir thematisieren in unserer Informationskampagne alltägliche Diskriminierungen, die leider noch immer zur sozialen Realität in der Stadt gehören. Ich hoffe, dass wir mit dieser Aktion viele Menschen erreichen und sie ermutigen, sich gegen Diskriminierung auch zu wehren."

Die Senatorin bekräftigt, dass der Senat darüber hinaus auch in Zukunft alle Anstrengungen unternehmen und Maßnahmen unterstützen wird, die der Bekämpfung von Diskriminierung und Ausgrenzung dienen. Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, der Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung, das Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm und die Umsetzung der "Initiative sexuelle Vielfalt" sind dabei wichtige Strategien einer Politik, die klare Zeichen gegen Intoleranz und Benachteiligung setzt. Die Informationskampagne wird 2010 fortgesetzt. Ab dem 10. Dezember 2009 können die LADS-Spots unter folgendem Link angesehen werden:

<http://www.berliner-fenster.de>

Rückfragen: Karin Rietz, Telefon: 9028 2743

Pressemitteilung vom 10.12.2009, 16:30 Uhr
Arbeit

**Senatorin Bluhm zum Haushalt 2010/2011:
"WIR STÄRKEN
DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT IN BERLIN"**

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Mittel für soziale Infrastruktur verstärkt - aktive Arbeitsmarktpolitik ausgebaut - Finanzierung für ÖBS auf hohem Niveau gesichert - Ausbildungsplatzlücke mit Landesprogramm geschlossen - Mobile Beratungsteams gegen Rechts sowie Opferberatung gestärkt - Initiative für sexuelle Vielfalt im Haushalt verankert

Rede von Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm in der Debatte zum Haushaltsplan 2010/11 im Berliner Abgeordnetenhaus am 10. Dezember 2009

Es gilt das gesprochene Wort: "Den sozialen Zusammenhalt stärken - mit diesem Anspruch sind wir als rot-rote Koalition in die Aufstellung des Doppelhaushalts gegangen - und diesem Anspruch werden wir gerecht. Die Liga der Wohlfahrtsverbände und die Stadtteilzentren zum Beispiel sind ein wichtiges Rückgrat der sozialen Infrastruktur in Berlin. Sie bekommen im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung mehr Mittel und nicht nur das.

(Fortsetzung nächste Seite)

Integrationsbeauftragter aktuell*(Fortsetzung)*

Wir haben die Mittel auf fünf Jahre festgeschrieben. Damit haben sie Planungssicherheit. Und wir werden weitere Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts - zu mehr sozialer Gerechtigkeit ergreifen. Wohnen gehört zu den elementaren Bedürfnissen und Rechten von Menschen. Wir werden den sozialen Wohnungsbau reformieren - das ist an anderer Stelle schon erörtert worden. Wir wollen, dass alle Berlinerinnen und Berliner, egal ob sie Transferleistungen bekommen, wenig oder viel verdienen, in ihrem Kiez bleiben oder ihn selber aussuchen können. Deshalb werden wir auch immer wieder die AV Wohnen überprüfen und wir werden Diskriminierungen am Wohnungsmarkt bekämpfen.

Auch das System der Einzelfallhilfe werden wir überprüfen und die unterschiedlichen Erfahrungen in den Bezirken auswerten. Unser Ziel ist eine effiziente Einzelfallhilfe zugunsten der betroffenen kranken oder behinderten Menschen mit Einzelfallhelferinnen und -helfern, die vernünftig verdienen und ihrer Arbeit mit Freude nachgehen. Den sozialen Zusammenhalt stärken - das tun wir auch mit aktiver Arbeitsmarktpolitik. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor ist dabei ein wichtiges Element. Über 7.500 Menschen haben dort Arbeit gefunden. Den meisten macht die Arbeit Freude, sie fühlen sich wieder gebraucht und als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft. Denn sie machen gesellschaftlich sinnvolle Arbeit, die notwendig ist, aber über den ersten Arbeitsmarkt nicht organisiert wird.

Sicher: 7.500 Menschen sind gemessen an 180.000 Langzeitarbeitslosen alleine in Berlin, nicht viele. Wir könnten viel mehr solcher Arbeitsplätze einrichten, wenn die Bundesregierung endlich die Kapitalisierung, also die Bündelung aller Mittel zuließe, die wir jetzt für die Finanzierung von Arbeitslosigkeit ausgeben. Gesellschaftlich notwendige Arbeit gibt es nämlich genug. Doch die Regierung weigert sich beharrlich. Deshalb zeigen wir mit dem ÖBS exemplarisch, dass ein anderer Weg als Repression und Ein-Euro-Jobs möglich wäre, wenn der Bund die Mittel frei gäbe. Und auch die Behauptung, der ÖBS wäre zu teuer, ist falsch. Der Finanzsenator und ich haben gemeinsam gerechnet und kamen letztlich zu dem Schluss: der ÖBS kostet Berlin pro Person und Monat 279 Euro mehr als blieben die Leute arbeitslos. Diesen Mehrkosten gegenüber steht aber die Arbeit, die die Menschen zum Beispiel als Gemeindedolmetscherinnen und -dolmetscher, mobile Hilfedienstleister, Integrationslotsen, Ernährungsberaterinnen in den Kitas und vieles anderes mehr leisten und damit die soziale Infrastruktur Berlins stärken - ganz abgesehen davon, dass auch die Beschäftigten zufriedener und in der Regel auch gesünder sind als wenn sie arbeitslos blieben.

Erwerbsarbeit gehört nach wie vor zu den Schlüsseln zu gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe. Deswegen fördern wir Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Behinderungen sehr gezielt und haben mit der Schwerbehindertenoffensive "Schwob" 2010 ein neues Landes-Programm zur beruflichen Integration von Schwerbehinderten aufgelegt.

Wir stehen nach wie vor in einer der größten Krisen der Bundesrepublik. Ob und wie sie auch noch in Berlin auf den Arbeitsmarkt durchschlägt, bleibt offen. Wir bekämpfen die Krise aber nicht mit Niedriglohn und Minijobs. Wir setzen auf gute Arbeit, auf Arbeit, von der die Beschäftigten auch leben können. Deshalb halten wir an der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn fest. Und wir setzen den Mindestlohn dort um, wo wir Einfluss nehmen können - bei öffentlichen Vergaben, im ÖBS, im öffentlichen Dienst, in den landeseigenen Unternehmen, in der Wirtschaftsförderung. Und mit der neuen Regierung in Brandenburg können wir sogar ein gemeinsames Vorgehen vereinbaren, um fruchtlose Standortkonkurrenz auf dem Rücken von Beschäftigten zu vermeiden. Lohndumping und Niedriglöhne schaden nicht nur den Betroffenen, die zu wenig zum Leben verdienen. Sie unterminieren auch die sozialen Sicherungssysteme und entziehen dem Land Kaufkraft.

Leider gibt es immer noch Tarifverträge mit gelben Gewerkschaften, die solche Dumpinglöhne legitimieren. Deshalb haben wir als Land Berlin vor dem Arbeitsgericht gegen die CGZP, den Christlichen Gewerkschaftsbund in der Zeitarbeit geklagt, um dessen Tariffähigkeit feststellen zu lassen. Diese Woche haben wir bereits in der zweiten Instanz gewonnen, Scheingewerkschaften sind nicht tariffähig - das ist gut so.

In Krisenzeiten müssten wir eigentlich alle Kompetenz und Kreativität, die wir in der Stadt haben, bündeln, um die Folgen abzumildern. Aber ausgerechnet jetzt sind wir vermutlich gezwungen, die Jobcenter auseinanderzureißen und neu aufzustellen, mit allen negativen Folgen, die das vor allem für die Langzeitarbeitslosen hat. Deshalb hier an dieser Stelle noch mal der Appell an die Bundesregierung und die schwarz-gelbe Koalition im Bundestag, das zu stoppen und den Weg zu einer Grundgesetzänderung und die Weiterarbeit der Jobcenter frei zu machen.

Eines unserer wichtigsten Güter, um gut aus der Krise zu kommen, sind die Berlinerinnen und Berliner selbst mit ihrem Wissen und Können. Wir sind gerüstet und fit für die Zukunft. Mit dem Masterplan Qualifizierung schaffen wir die Voraussetzungen, möglichem Fachkräftemangel durch frühzeitige Fort- und Weiterbildung von Älteren und eine gute Ausbildung für junge Menschen vorzubeugen. Jedem Jugendlichen eine Chance auf eine abgeschlossene Berufsausbildung - das ist Ziel unserer Berufsbildungspolitik. Und das lösen wir ein. Die Unternehmen bilden mehr aus - das ist gut. Auch der öffentliche Dienst bietet mehr Ausbildungsplätze an und bildet im Rahmen unserer Kampagne "Berlin braucht dich" gezielt auch mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund aus. Jetzt sind es schon 14,3 % - wir haben hier vor zwei Wochen drüber gesprochen. Wir haben rund 5.000 vollschulische Ausbildungen.

Dennoch bleibt eine Lücke zwischen Angebot und Nachfrage von rund 1.500 Jugendlichen. Und die schließen wir zum einen durch unser Landesprogramm APP plus, das wir mit dem neuen Haushalt alleine finanzieren, weil der Bund aus dem Arbeitsplatzprogramm Ost ausgestiegen ist.

(Fortsetzung nächste Seite)

Integrationsbeauftragter aktuell*(Fortsetzung)*

Zum anderen fördern wir weiter die Verbundausbildung und Berufsvorbereitungsmaßnahmen. Dazu gehört zum Beispiel "Ausbildung in Sicht", unser Programm, das gezielt Jugendliche mit Migrationshintergrund fit für die Ausbildung macht. Mehr als 1.600 junge Menschen haben 2009 teilgenommen. Mit dem neuen Aktionsprogramm Integration und Arbeit werden wir neue Wege erproben, die Ausbildungsfähigkeit von jungen Migrantinnen und -Migranten zu verbessern. Und die brauchen wir dringend. Wir wollen erreichen, dass kein junger Mensch wegen seiner Herkunft benachteiligt wird, dass alle Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten - denn zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts gehört die Förderung der Vielfalt in Berlin. Deswegen ist die interkulturelle Öffnung des Bildungswesens auch von zentraler Bedeutung. Mit der von uns allen gewollten Kita-Reform werden wir rund 1.800 neue Erzieherinnen und Erzieher brauchen - ein guter Teil von ihnen soll und muss Migrationshintergrund haben.

Der Kampf gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus ist weiter täglich praktische Aufgabe der gesamten demokratischen Stadtgesellschaft. Dazu braucht es eine lebendige Zivilgesellschaft. Die stützen wir mit unserem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und mit der Finanzierung der Strukturprojekte in diesem Bereich, also vor allem der mobilen Beratungsteams und der Opferberatung. Und wir haben den Kampf gegen Homophobie ganz weit nach oben auf die politische Agenda gesetzt. Es waren jetzt vor allem die Abgeordneten selbst, die den einstimmigen Beschluss des Abgeordnetenhauses für eine Initiative für sexuelle Vielfalt vom Frühjahr in den Haushaltsberatungen auch finanziell untersetzt haben - und das mit Erfolg. Dafür vielen Dank.

Wir werden als Senat jetzt gemeinsam mit den Initiativen und Organisationen und mit Ihnen die Umsetzung starten. Dazu gehört, dass wir eine große Kampagne starten und gleichzeitig durch Fort- und Weiterbildungen im Bildungswesen, bei der Polizei und anderen Bereichen dazu beitragen, dass unsere Stadtgesellschaft offener, vielfältiger, toleranter wird. Auch das ist ein notwendiges Element, um den sozialen Zusammenhalt aller zu stärken."

Zahlen zum Einzelplan 9 Die Ausgaben im Einzelplan 9 - Integration, Arbeit und Soziales - belaufen sich im Jahr 2010 auf 578.134.700 Euro, im Jahr 2011 auf 567.048.500 Euro

Davon entfallen auf das Politikfeld Integration: 2010: 6.006.000 Euro 2011: 6.245.000 Euro
 Politikfeld Arbeit: 2010: 144.525.000 Euro 2011: 146.350.000 Euro
 Politikfeld Soziales: 2010: 129.054.000 2011: 125.093.600 Euro
 Politikübergreifend: 2010: 142.898.000 Euro 2011: 141.398.000 davon Sonder- und Zusatzversorgungssystem der früheren DDR: 2010: 142.000.000 Euro 2011: 140.500.000 Euro
 Personalausgaben im Einzelplan 9 2010: 91.277.500 Euro 2011: 89.219.900 Euro

Ausgewählte Schwerpunkte

Liga-Vertrag 2010: 12.919.000 Euro 2011: 12.919.000 Euro

Stadtteilzentren 2010: 3.771.000 Euro 2011: 3.771.000 Euro

Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS) 2010: 74.650.000 Euro (davon 22.080.000 aus Konjunkturpaket II, nicht in EP 9) 2011: 62.686.000 Euro

Bekämpfung Rechtsextremismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit 2010: 2.075.000 Euro 2011: 2.325.000 Euro

Initiative sexuelle Vielfalt 2010: 926.840 Euro 2011: 1.176.840 Euro davon im Einzelplan 9: 2010: 661.720 Euro 2011: 661.720 Euro

Sonderfahrdienst für Menschen mit Behinderungen 2010: 7.305.000 Euro 2011: 7.305.000 Euro

Rückfragen: Anja Wollny, Telefon: 9028 2743

Pressemitteilung vom 17.12.2009, 12:10 Uhr
Integration / Migration / Ausländer

**Integrationsministerin Carola Bluhm:
 BERLINER EIGENBETRIEBE STELLEN MEHR
 MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN EIN**

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Im Jahr 2013 soll in den Berliner Betrieben mit Landesbeteiligung jeder vierte neueingestellte Auszubildende aus einer Einwanderfamilie stammen. Gestern verständigte sich Integrationsministerin Carola Bluhm mit 30 Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern sowie weiteren Vertretern der Öffentlichen Unternehmen über Wege und Schritte, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Bei dem Treffen im Roten Rathaus sicherten die Unternehmen der Senatorin ihre Unterstützung für die Kampagne "Berlin braucht dich!" zu.

"Die Vielfalt der Berliner Bevölkerung soll sich in der Belegschaft der Berliner Unternehmen widerspiegeln. Ich freue mich sehr über den großen Erfolg der Kampagne. Das Land Berlin hat eine besondere Verantwortung, jungen Migrantinnen und Migranten berufliche Perspektiven zu bieten. Die Betriebe mit Landesbeteiligung und der Senat ziehen hier an einem Strang", erklärte die Integrationsministerin.

Von 2006 bis 2008 ist es der Kampagne "Berlin braucht dich!" bereits gelungen, den Anteil der Migranten unter den neueingestellten Azubis im Öffentlichen Dienst von 8 auf 14 Prozent fast zu verdoppeln. Erreicht wurde dieses durch eine verbesserte Ansprache junger Migrantinnen und Migranten und neue Ansätze in der beruflichen Orientierung mit Betriebserkundungen, Informationsveranstaltungen an Schulen, Schülerpraktika und Patenschaften. "Mit der Kampagne sendet der Senat ein Signal der Anerkennung an junge Migranten und ihre Familien.

(Fortsetzung nächste Seite)

Integrationsbeauftragter aktuell

(Fortsetzung)

Diese Anerkennung hat jahrzehntelang gefehlt. Umso erfreulicher, dass nun auch die Betriebe mit Landesbeteiligung mitmachen", so Carola Bluhm.

Mit dem gestrigen Tag sind rund 40 Berliner Landesunternehmen fester Bestandteil der Kampagne. Damit erweitern sich Anzahl und Spektrum der angebotenen Ausbildungsplätze erheblich. Vor einigen Wochen hatten sich bereits die Schulleiter von rund 30 Berliner Oberschulen bereit erklärt, die Kampagne aktiv zu unterstützen. Sie werden nun bei der beruflichen Orientierung und Beratung junger Migrantinnen und Migranten aufs Engste mit den Landesbetrieben zusammenarbeiten. Neben den beruflichen Perspektiven, die sich für junge Migranten eröffnen, profitieren auch die Betriebe ganz unmittelbar von der Kampagne.

"Vom Senat, von den Bezirken und auch von der Polizei wissen wir: Was Migrantinnen und Migranten als zusätzliche Erfahrungen in die Belegschaft einbringen, wirkt positiv - sowohl nach innen in die Teams wie nach außen", erklärt Integrationssenatorin Bluhm.

Anhang:

Auf einen Blick:

Berlin braucht Dich - Etappen einer Erfolgsgeschichte

2006: die Kampagne "Berlin braucht Dich!" wird gestartet.
2006-2008: 18 Ausbildungsbehörden des Öffentlichen Dienstes werben Schüler/innen mit Migrationshintergrund aus zwölf Schulen für eine Ausbildung in fünf Berufen des Berufsfelds Verwaltung an. Der Anteil von Auszubildenden mit Migrationshintergrund in der Ausbildung im Öffentlichen Dienst verdoppelt sich fast.

2008: Die Bundesbehörden mit Sitz in Berlin beteiligen sich an der Kampagne. 2009: Die Kampagne wird auf alle Berufe im Öffentlichen Dienst von Land und Bund, auf den Lehrerberuf und auf die Betriebe mit Landesbeteiligung erweitert. Sie umfasst mit etwa 5.000 Ausbildungsplätzen in zurzeit 68 Ausbildungsbetrieben ein Spektrum von 100 Ausbildungsberufen in zwölf Berufsfeldern.

Weitere Informationen zur Kampagne unter

<http://www.berlin-braucht-dich.de>

Rückfragen: Anja Wollny, Telefon: 9028 2743

Aus dem Landespressedienst

Pressemitteilung vom 01.12.2009, 12:25 Uhr
Senatskanzlei

**WOWEREIT WIRBT IN SAN FRANCISCO
FÜR DEN WELTOFFENEN UND TOLERANTEN
STANDORT BERLIN**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit reist vom 3. bis 6. Dezember 2009 in die nordamerikanische Metropole San Francisco. Auf Einladung des Bürgermeisters von San Francisco, Gavin Newsom, nimmt er an der 25. International Gay & Lesbian Leadership Conference teil, einem Treffen homosexueller Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft. Außerdem trifft sich der Regierende Bürgermeister zu Gesprächen mit Politikern und wirbt er mit der Berlin Tourismus Marketing (BTM) GmbH für das Tourismusziel Berlin.

Begleitet wird Wowereit von Burkhard Kieker, Geschäftsführer der BTM. Wowereit: "Ich freue mich sehr, Gast dieser großartigen Metropole San Francisco zu sein. San Francisco und Berlin sind gute Beispiele, wie Metropolen der Zukunft anziehend auf kluge und kreative Köpfe aus aller Welt wirken, wenn sie Toleranz und Weltoffenheit ausstrahlen. Ihre Attraktivität lebt davon, dass in ihnen Vielfalt als etwas Positives erlebbar ist und nicht als Gefahr oder Bedrohung. Das verbindet unsere Städte."

Im Rahmen seines Programms besucht der Regierende Bürgermeister seinen Amtskollegen Newsom in dessen Amtssitz und spricht mit ihm über Formen der Zusammenarbeit von Metropolen. Mit den Senatoren des Staates Kalifornien, Mark Leno und Leland Yee, führt Wowereit ein Gespräch über das Thema Migration und Integration sowie die Gleichberechtigung verschiedener Lebensformen in modernen Gesellschaften.

Auf der 25. Internationalen Gay & Lesbian Leadership Conference hält Wowereit den Einführungsvortrag über allgemeine Menschenrechte und Antidiskriminierung. Im deutschen Generalkonsulat präsentieren Kieker und Wowereit vor geladenen Gästen der Tourismusbranche Berliner Vermarktungsaktivitäten. Zum Abschluss seines Besuchs trifft der Regierende Bürgermeister den amerikanischen Kunstmäzen Tim Simon, einen Großneffen des Berliner Mäzens James Simon. Informationen über die 25. International Gay & Lesbian Leadership Conference erhalten Sie im Internet unter:

<http://www.victoryfund.org/files/conference2009/>.

Rückfragen: Chef vom Dienst, Telefon: 9026-2411

Pressemitteilung vom 01.12.2009, 11:20 Uhr
Kultur

**BERLINER KULTURVERWALTUNG FÖRDERT
INTERKULTURELLE PROJEKTE 2010**

Die Berliner Kulturverwaltung wird im Rahmen des Programms zur Förderung der interkulturellen Projektarbeit in Berlin für das Jahr 2010 Projektmittel in Höhe von 120.000 Euro bereitstellen. Der Fachjury lagen für das Förderjahr 2010 über 60 Anträge mit einem Gesamtvolumen von rund 841.600 EUR vor. Zur Förderung empfohlen wurden insgesamt zehn Projekte. Das Spektrum reicht auch in diesem Jahr wieder von Theateraufführungen über Musikveranstaltungen, Performances, künstlerische Wettbewerbe bis hin zu spartenübergreifenden Projekten.

Im Einzelnen sind dies:

- Intern. Deutsch-Russ. Club e.V. "L` Europe-Mon Amour" 11.000 EUR
- Werkstatt der Kulturen "Creole -Weltmusik aus Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern" 18.000 EUR
- Berlin Intern. Opera e.V./Lauren Lee "ImmigrantXmas - far from home" 14.000 EUR
- Idil Üner "Hinter den Kulissen" 10.000 EUR
- Simone Dede Ayivi "Der kleine Bruder des Rude-rers" (AT) 7.000 EUR
- Mürtüz Yolcu/Ballhaus Naunynstraße "14. Diyalog-Theaterfestival 2010" 15.000 EUR
- Theater der Kalligraphie/Ildar Kharissov "Die Mauern" (AT) 10.000 EUR
- Theater der Migranten/Olek Witt "Briefe aus dem Heim" 12.000 EUR
- Ayhan Sönmez "Tag für Tag- eine gelogenen Welt" 8.000 EUR
- Tamer Yigit "Die Nachthexe" 15.000 EUR

Der Jury gehörten Nasrin Bassiri, Barbara John, Dorota Danielewicz-Kerski, Eckhardt Barthel, Nurkan Erpulat und Oleg Zinkovski an. Kulturstaatssekretär André Schmitz dankt dem Gremium herzlich für die geleistete Arbeit und wünscht den Geförderten viel Erfolg.

Rückfragen: Dr. Torsten Wöhlert, Telefon: 90 228 203

Aus dem Landespressediens

Pressemitteilung vom 01.12.2009, 10:00 Uhr
Kultur

VERGABE DER LITERATURPROJEKTE FÜR DAS JAHR 2010

Auf Empfehlung einer Fachjury (Christiane Kussin, Dr. Susanne Stemmler, Dr. Dieter Stolz) hat die Kulturverwaltung des Berliner Senats für acht Literaturvorhaben Fördermittel in Höhe von insgesamt 57.880 EUR vergeben. Insgesamt lagen 33 Anträge mit einem Volumen von rd. 260.000 EUR vor.

Folgende Vorhaben werden gefördert:

- 1) Adler & Söhne Literaturproduktion GbR: Salon Adler & Söhne 6.540 EUR
- 2) Lange Buchnacht e.V.: 12. Lange Buchnacht Oranienstraße 2.000 EUR
- 3) Catherine Launay: Poem Space Mobil 6.300 EUR
- 4) Lettrétage e.V.: Datenschreiber 10.000 EUR
- 5) Aurélie Maurin: Berlin / Paris 2030 10.000 EUR
- 6) Mengdu e.V.: Literaturfestival Reuterkiez 2010 6.540 EUR
- 7) Texttonlabel KOOK: elektro.lit 10.000 EUR
- 8) Werkstatt der Kulturen: tausend worte tief 6.500 EUR

Rückfragen: Dr. Torsten Wöhlert, Telefon: 90 228 203

Pressemitteilung vom 02.12.2009, 08:30 Uhr
Senatskanzlei

AUSZUBILDENDE SAMMELN INTERNATIONALE BERUFSERFAHRUNG - Übergabe des europass Mobilität an 150 junge Berlinerinnen und Berliner

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Früher gingen Berufsanfänger auf die Walz, um in der großen weiten Welt ihr Handwerk zu perfektionieren, heute hilft dabei das EU-Bildungsprogramm "Leonardo da Vinci Mobilität". Dafür gibt es auch Beispiele in Berlin. Das Oberstufenzentrum Bürowirtschaft und Verwaltung schickt mit diesem Programm seit 2004 Kaufleute für Bürokommunikation für mehrmonatige Praktika in Länder der Europäischen Union. Und dafür sieht das EU-Programm als international verständliche und anerkannte Bescheinigung den europass Mobilität vor. Zum dritten Mal findet am 3. Dezember 2009 um 18 Uhr in einem feierlichen Akt im Festsaal des Berliner Rathauses die Übergabe dieser Pässe an Absolventen solcher Auslandspraktika statt.

Die Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und Europabeauftragte, Staatssekretärin Monika Helbig, spricht aus Anlass der Übergabe der Pässe an 150 Berliner Berufsschülerinnen und -schüler und Auszubildende ein Grußwort. Helbig: "In einem Europa ohne Grenzen müssen wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schon während ihrer Ausbildung fit für den immer internationaler werdenden Arbeitsmarkt machen. Außerdem fördert der Austausch junger Menschen über Grenzen hinweg auch soziale und interkulturelle Kompetenz. Schon allein die Beherrschung fremder Sprachen eröffnet völlig neue Lebens- und Erfahrungswelten." Veranstalter der feierlichen Übergabe sind die Friedrich-List-Schule und das Oberstufenzentrum Bürowirtschaft und Verwaltung in Kooperation mit der spanischen Botschaft, die in diesem Jahr die Schirmherrschaft übernommen hat. Weitere Informationen zum EU-Förderprogramm finden Sie im Internet unter der Adresse

http://www.na-bibb.de/mobilitaet_194.html.

Rückfragen: Chef vom Dienst, Telefon: 9026-2411

Pressemitteilung vom 03.12.2009, 10:30 Uhr
Inneres

FORSCHUNGSBERICHT "WAS TUN GEGEN RECHTE GEWALT?" ERSCHIENEN

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport teilt mit:

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt hatte im Jahr 2008 die zweite wissenschaftliche Untersuchung zum Thema Rechtsextremismus in Auftrag gegeben. Diese wurde von der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin durchgeführt. Erwartet wurden Bewertungen und Empfehlungen

- zu einer - bislang eher vernachlässigten - spezifischen Gewaltprävention mit Blick auf die rechtsorientierten, gewaltbereiten männlichen Jugendlichen,
- zu Arbeitsansätzen, die dauerhaft im Rahmen der Jugendhilfe, des Jugendkriminalverfahrens und der Polizeiarbeit existieren.

Das Ergebnis der Untersuchung liegt nun vor. Eine wichtige Erkenntnis war, dass das Gros von 80 bis 85 % der in der statistischen Kategorie "rechte Gewalt" zusammengefassten Straftaten nicht eindeutig politisch motiviert war, sondern auf die Verbindung einer generellen Gewaltbereitschaft mit gruppenbezogenen Vorurteilen zurückgeht.

Hat man es mit jugendkulturellen Gruppen zu tun, dann sind Angebote der aufsuchenden Jugendsozialarbeit, der offenen und hinausreichenden Sozialarbeit sinnvoll, mit denen es gelingt, Gruppen mit erhöhtem Gewaltisiko zu erreichen.

(Fortsetzung nächste Seite)

Aus dem Landespressedienst*(Fortsetzung)*

Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind häufig im Stande, zivilisierend und gewaltreduzierend auf ihre Klientel einzuwirken. Für öffentlich agierende Angehörige aus stärker ideologisch motivierten Gruppen steht mit der Einsatzgruppe für politisch motivierte Straßenkriminalität der Berliner Polizei ein wirksames Mittel zur Verfügung.

Der Forschungsbericht "Was tun gegen rechte Gewalt" kann bei der

Landeskommission Berlin gegen Gewalt
Klosterstraße 47
10179 Berlin
Tel.: (030) 9027-2916/2913

oder Ute Vialet bestellt werden.

Er kann auch über die Internetseiten der Landeskommission Berlin gegen Gewalt unter

<http://www.berlin-gegen-gewalt.de>

aufgerufen werden.

Rückfragen: Nicola Rothermel, Telefon: (030) 9027-2730

Pressemitteilung vom 08.12.2009, 12:50 Uhr
Stadtentwicklung

FESTLEGUNG NEUER GEBIETE DER SOZIALEN STADT

Aus der Sitzung des Senats am 8. Dezember 2009:

Im Rahmen des Programms Soziale Stadt wurden fünf Stadtquartiere als neue Fördergebiete festgelegt, die im Jahr 2008 in enger Kooperation mit den betroffenen Bezirken ausgewählt wurden. Ein bereits bestehendes Gebiet wird erweitert. Es handelt sich um die Gebiete Donaustraße-Nord und Ganghoferstraße im Bezirk Neukölln, Moabit-Ost im Bezirk Mitte, Spandauer Neustadt im Bezirk Spandau sowie Letteplatz im Bezirk Reinickendorf. Das bereits bestehende Quartier Hellersdorfer Promenade im Bezirk Marzahn-Hellersdorf wird im westlichen Bereich erweitert.

Der Senat hat heute auf Vorlage von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer die Festlegung der neuen Quartiersverfahren beschlossen. Damit wurde die für den Einsatz der Bundesfinanzhilfen aus dem Bundesländer-Programm Soziale Stadt erforderliche Rechtsgrundlage geschaffen. Anlass für die Einrichtung der neuen Quartiersverfahren waren Erkenntnisse aus dem von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung regelmäßig durchgeführten "Monitoring Soziale Stadtentwicklung". Dessen Ergebnisse lassen für die neu ausgewiesenen Gebiete - aufgrund ihrer soziodemografischen Entwicklung - einen zusätzlichen Handlungsbedarf zur Stabilisierung und Aufwertung erkennen.

Die neuen Gebiete weisen ähnliche Problemlagen auf; sie sind gekennzeichnet von Armutstendenzen und Defiziten vor allem in der Bildung. Daneben spielen eine hohe Arbeitslosigkeit und geringe Chancen für von Arbeitslosigkeit betroffene Bewohnerinnen und Bewohner, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Anstellung zu finden, eine große Rolle. Die Situation verschärft sich für viele der Anwohner außerdem durch eine hohe Schuldnerquote. Die Kaufkraft der Bewohnerschaft liegt teilweise deutlich unter dem Gesamtberliner Durchschnitt.

Mit der Aufnahme der neuen Quartiere in das Programm Soziale Stadt sollen durch Projekte und Maßnahmen vor allem in den Bereichen Bildung und Arbeit, aber auch Jugend- und Elternarbeit sowie Integration und Partizipation nachhaltige Verbesserungen erreicht werden. Dazu gehören u. a. die Unterstützung beim Auf- und Ausbau von Angeboten zur frühen sprachlichen Förderung in den Bildungseinrichtungen der Quartiere, Förderung der Vernetzung der Bildungslandschaft durch Bildungsverbundprojekte, Vernetzung von Beschäftigungsmaßnahmen, Angebote zur Stärkung der Erziehungskompetenzen und die Förderung nachbarschaftlichen Engagements.

Flankierend werden auch baulich-investive Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnumfeldes eingesetzt. Durch die Festlegung der neuen Fördergebiete werden im Rahmen des Programms Soziale Stadt insgesamt 34 Quartiersverfahren durchgeführt.

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Telefon: 9012-5800

Pressemitteilung vom 08.12.2009, 10:20 Uhr
Kultur

VERGABE VON FÖRDERUNGSMITTELN UND TONSTUDIO-TERMINEN 2010 FÜR JAZZ, POPULÄRE MUSIK UND WELTMUSIK

Auch für das Jahr 2010 bietet die Berliner Kulturverwaltung wieder diverse Förderungen für Berliner Musikgruppen bzw. Musiker/innen aus dem vielfältigen Bereich der sogenannten U-Musik - Jazz, Populäre Musik und Weltmusik - an. Im Rahmen der Jazzförderung sind dies die Projektförderung, das Studioprojekt Jazz sowie eine personengebundene Förderung (Stipendien). Die Förderung der Populären Musik und Weltmusik umfasst neben der Projektförderung die Vergabe von Aufnahmetermeninen in einem landeseigenen Tonstudio. Für beide Bereiche gibt es die Tourneeförderung. Projektförderungen können direkt oder indirekt erfolgen, das heißt Anträge können sowohl von den Musikern/ Musikerinnen selbst für in eigener Verantwortung organisierte Projekte gestellt werden, aber auch von Dritten (z. B. Veranstaltern, Clubs, Vereinen, Agenturen u. a.), wenn deren Vorhaben den oben genannten Personenkreis im besonderen Maß berücksichtigen.

(Fortsetzung nächste Seite)

Aus dem Landespressedienst

(Fortsetzung)

Alle übrigen Förderungen dienen ausschließlich der direkten Förderung von Berliner Musikgruppen bzw. Musikerinnen und Musikern und können nur von diesen selbst beantragt werden.

Im Rahmen des Studioprojektes Jazz erhalten Berliner Jazzgruppen/-projekte die Möglichkeit, qualitativ hochwertige Aufnahmen ihrer Musik in einem Tonstudio eigener Wahl zu produzieren, wobei allerdings ausschließlich die Kosten für die Nutzung des Tonstudios (Aufnahme und Abmischung inklusive Ton-Ingenieur, Material) gefördert werden können. Mit den Jazz-Stipendien werden personengebundene, zeitlich begrenzte musikalische Vorhaben, die der persönlichen künstlerischen Weiterentwicklung bzw. Vervollkommnung dienen, gefördert. In Betracht kommen hier beispielsweise Kompositionsvorhaben größeren Umfangs, selbst organisierte Auslandsaufenthalte zum Zwecke des Einzelunterrichtes bei international anerkannten Musikerinnen/Musikern, der Besuch von renommierten Lehrgängen, die Durchführung von Studienreisen und ähnliches.

An kreative Musikgruppen aus dem Bereich der Populären Musik und Weltmusik werden jeweils zweiwöchige Aufnahmetermine in einem professionell ausgestatteten, landeseigenen Tonstudio vergeben, damit diese gegen eine geringe finanzielle Eigenbeteiligung eine eigene Produktion durchführen können. Die produzierten Aufnahmen stehen den Musikgruppen zur weiteren Verwendung frei zur Verfügung. Diese Förderung erfolgt in Kooperation mit der derArt gGmbH.

Im Rahmen der Tourneeförderung werden in beiden Bereichen in besonderen Einzelfällen Reisekostenzuschüsse für die Durchführung von Inlandstourneen vergeben. Weitere Informationen über das Antrags- und Vergabeverfahren sowie die zu verwendenden Antrags- und Bewerbungsformulare sind im Internet zu finden unter:

<http://www.kultur.berlin.de>

Die Ausschreibungsunterlagen können auch telefonisch bei der Berliner Kulturverwaltung unter der Telefonnummer (030) 90 228 - 755 angefordert werden. Die Antrags- bzw. Bewerbungsfrist für alle oben genannten Förderungen im Bereich der U-Musik endet am **25. Januar 2010**.

Rückfragen: Uwe Sandhop, Telefon: 90 228 755

Pressemitteilung vom 17.12.2009, 12:45 Uhr
Gesundheit

DISKUSSIONSPAPIER ZUR DEMOGRAFISCHEN ENTWICKLUNG UND DEREN AUSWIRKUNGEN VERÖFFENTLICHT

Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz teilt mit:

Die Senatsverwaltung hat im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung ein Diskussionspapier zur demografischen Entwicklung und ihren Auswirkungen auf Morbidität, Mortalität, Pflegebedürftigkeit und Lebenserwartung vorgelegt.

Die demografische Entwicklung der Berliner Bevölkerung stellt sowohl das Gesundheitssystem als auch die sozialen Sicherungssysteme vor neue Herausforderungen. Der Anteil jüngerer Menschen an der Berliner Bevölkerung wird weiter sinken und die Lebenserwartung insgesamt weiter steigen. Zukünftig wird es laut Prognose insbesondere mehr Langlebige (95-Jährige und Ältere) und Hochbetagte (80- bis unter 95-Jährige) geben. 1990 hatten die Frauen in Berlin noch eine Lebenserwartung von ca. 77 Jahren, bei den Männern lag sie bei ca. 71 Jahren. Im Jahr 2007 hatten Frauen bereits eine Lebenserwartung von 82 und Männer von 77 Jahren.

Es gibt aber nach wie vor Unterschiede in der Lebenserwartung, die sich vor allem aus der unterschiedlichen sozialen Lage ergeben. Dieser Zusammenhang ist seit Jahren durch die Untersuchungen zur Sozialstruktur bekannt und wurde hier berücksichtigt. So beträgt die geschätzte Lebenserwartung in Gebieten mit ungünstiger Sozialstruktur bei den Männern knapp 74 Jahre und bei den Frauen etwa 80 Jahre gegenüber der Lebenserwartung in Räumen mit günstiger Sozialstruktur von über 78 Jahren bei Männern und 83 Jahren bei Frauen.

Die Gesamtentwicklung macht deutlich: die Zahl der Alterserkrankungen (z. B. Krebs, Demenz, Herz-Kreislauf-Erkrankungen) wird steigen und somit auch die Zahl pflegebedürftiger Menschen. Zudem wird es immer mehr Menschen geben, die Hilfe zur Pflege (Sozialhilfe) in Anspruch nehmen müssen. So muss für das Jahr 2030 nahezu mit einer Verdopplung von pflegebedürftigen älteren Menschen (von etwa 87.000 im Jahre 2007 auf etwa 165.000 im Jahre 2030) sowie von älteren Menschen mit Sozialhilfe (von etwa 22.000 im Jahr 2007 auf etwa 38.000 im Jahr 2030) gerechnet werden. Das Diskussionspapier ist im Internet unter:

<http://www.berlin.de/sen/statistik/gessoz/veroeffentlichungen/diskussionspapiere.html>

abrufbar.

Rückfragen: Dr. Marie-Luise Dittmar, Telefon: 90252153

Anfragen an den Senat**KLEINE ANFRAGEN**

Titel: Integrationskurse - Stand und Perspektiven
 Abgeordneter: Canan Bayram (Bündnis 90 / Die Grünen)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-13787.pdf>

Titel: Kommt die König-Fahad-Akademie auch nach Berlin?
 Abgeordneter: Sascha Steuer (CDU)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-13824.pdf>

Titel: „Teach First Deutschland“ an Berliner Schulen
 Abgeordneter: Özcan Mutlu (Bündnis 90 / Die Grünen)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-13830.pdf>

Titel: „Teach First“ in Berlin - Wer, wie, was? Wieso, weshalb, warum?
 Abgeordneter: Andreas Köhler (SPD)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-13857.pdf>

Nicht behandelte Mündliche Anfragen:

Titel: Ankündigung des Senats für ein Berliner Integrationsgesetz
 Abgeordneter: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/NichtbehMdlAn/n16-05418.pdf>

Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis:

**BERLINER EUROPAPORTAL
UND EUROPA-NEWSLETTER**

Das Europaportal der Berliner Senatskanzlei gibt einen umfassenden Überblick über europarelevante Themenbereiche wie z.B. die Darstellung der derzeitigen europapolitischen Schwerpunkte, Gremienarbeit, EU - Förderprogramme oder aktuelle Wettbewerbe. Darüber hinaus sorgen Links für Europainteressierte für einen Einblick in die Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit von Europa in Berlin. Das Berliner Europaportal im Web:

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/index.html>

Regelmäßig aktuelle Informationen zu EU-Förderprogrammen, Aus- wie Weiterbildung und vieles mehr bietet der regelmäßig am Anfang eines jeden Monats erscheinende Newsletter „Europa in Berlin - Berlin in Europa“ unter der Adresse

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/oeffentlichkeitsarbeit/newsletter.html>.

Diese Veröffentlichung bietet zielgruppenspezifische EU-Informationen für die Berliner Senatsverwaltungen und Bezirke. Ein Abonnement ist ebenfalls möglich.

Informationen zu aktuellen Ausschreibungen gibt die Berliner Datenbank EU-Profil unter

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/foerderprogramme/index.html>

BAMF:

2.454 ASYLBEWERBER IM NOVEMBER 2009

Im November 2009 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2.454 Asylerstanträge gestellt. Die Zahl der Asylbewerber ist im Vergleich zum Vormonat um 183 Personen (-6,9 Prozent) gesunken und gegenüber dem Vorjahresmonat November 2008 um 724 Personen (41,8 Prozent) gestiegen.

Von Januar bis November 2009 wurden 25.429 Erstanträge gestellt. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 4.993 Anträge (24,4 Prozent) mehr. Auch im November 2009 kamen viele Asylbewerber vor allem aus dem Irak (September: 580, Oktober: 595, November: 558) und aus Afghanistan (September: 419, Oktober: 377, November: 406).

November

Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben im November 2009 2.454 Personen (Vormonat: 2.637 Personen) Asyl beantragt.

Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vormonat um 183 (-6,9 Prozent) gesunken. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr (November 2008: 1.730 Personen) ist die Zahl der Asylbewerber im November 2009 um 724 (41,8 Prozent) gestiegen.

Detailliert weiter unter:

http://www.bmi.bund.de/clin_174/SharedDocs/Pressemitteilung_eilun-gen/DE/2009/12/asylzahlen_november2009.html?nn=109632

[PM BAMF v. 08.12.2009]

**"IMAME FÜR INTEGRATION":
Bundesweites Fortbildungsangebot
für Imame gestartet**

Goethe-Institut, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und DITIB setzen Empfehlung der Deutschen Islam Konferenz um

Mit einer offiziellen Begrüßung von 15 Imamen im Nürnberger Rathaus startet am 10.12.2009 ein bundesweites Modellprojekt zur sprachlichen und landeskundlichen Fortbildung von Imamen in Deutschland. Das Projekt "Imame für Integration" wurde gemeinsam vom Goethe-Institut, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der Türkisch-Islamischen Union (DITIB) entwickelt. Die drei Institutionen setzen damit eine Empfehlung der Deutschen Islam Konferenz um.

Imame können als Brückenbauer und Vermittler zwischen Zugewanderten und der Mehrheitsgesellschaft eine wichtige integrationsfördernde Rolle spielen, betont der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Albert Schmid, anlässlich des Projektstarts in Nürnberg und Köln, den beiden ersten Standorten des Projekts.

Mit den Kursen soll vor allem die Sprachkompetenz der Geistlichen gestärkt werden, die damit auch ein Beispiel für ihre Gemeindemitglieder geben könnten, so Klaus-Dieter Lehmann, Präsident des Goethe-Instituts. Migranten, die sich entscheiden, einen größeren Teil ihres Lebens in Deutschland zu verbringen, sollten spüren, dass sie dazugehören.

Sadi Arslan, Vorsitzender der DITIB, hebt hervor: Der hier angebotene Kurs richtet sich an ein Fachpersonal, an Menschen, mit fundiertem theologischem Wissen, an Menschen mit Vorbildfunktion, an Menschen, denen man vertraut.

(Fortsetzung nächste Seite)

Aus Europa, Bund und Ländern

(Fortsetzung)

Innerhalb der Projektlaufzeit von drei Jahren werden etwa 130 Imame in neun Kursen an Standorten in ganz Deutschland fortgebildet. Die berufsbegleitenden Kurse umfassen mehr als 500 Stunden Deutsch sowie etwa zwölf Tage interkulturellen und landeskundlichen Unterricht zu Themen wie Staat und plurale Gesellschaft, Alltag in Deutschland, religiöse Vielfalt, Migration, Bildung und Ausbildung, Vereinsarbeit. Ein hoher Praxisbezug der Fortbildung und ein enger Bezug zur jeweiligen Stadt sind durch Besuche und Hospitationen in städtischen Einrichtungen sichergestellt.

Das Projekt soll Imame in die Lage versetzen, die spezifischen Bedürfnisse und Probleme von Muslimen bei der Integration in Deutschland zu erkennen, Lösungen anzubieten und bei Bedarf Hilfsangebote zu vermitteln. Gefördert werden soll dabei die Zusammenarbeit von Imamen der DITIB mit staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen in Deutschland.

Die Kurse werden vom Goethe-Institut, das bereits über umfangreiche Erfahrungen mit der Zielgruppe verfügt, durchgeführt. Das Bundesamt und die DITIB fördern und begleiten das Projekt.

http://www.bamf.de/nn_442016/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/DasBAMF/2009/091209-0026-pressemitteilung.html?nnn=true

[PM BAMF v. 10.12.2009]

BEWERTUNGSKOMMISSION HEBT ERFOLGE DER INTEGRATIONSKURSE HERVOR

Vom 10.-11.12.2009 tagte die Kommission zur Begleitung und Bewertung der Integrationskurse (Bewertungskommission) im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg. Im Rahmen ihrer 14. Sitzung hoben die Vertreter aus Wissenschaft, Verwaltung und Integrationsarbeit die Erfolge der Integrationskurse hervor.

Der Erfolg der Integrationskurse zeige sich insbesondere daran, dass vom 01.01.2005 bis 30.09.2009 insgesamt 570.188 Personen an einem Kurs teilgenommen haben, so die Bewertungskommission. Davon nahmen rund 60 Prozent freiwillig teil. Zudem stieg die Zahl der erfolgreich abgelegten Sprachprüfungen im Vergleich zum Vorjahr deutlich an: von 17.642 Personen im 1. Halbjahr 2008 auf 21.942 Personen im 1. Halbjahr 2009.

„Die Zahl der erfolgreich abgelegten Prüfungen stimmt uns positiv“, so der Präsident des Bundesamts, Dr. Albert Schmid. „Sie zeigt, dass die Kurse fruchten und sich unsere Zuwanderer mit den Kursinhalten beschäftigen.“

Positiv wertete die Bewertungskommission zudem die Ausrichtung der vom Bundesamt entwickelten Integrationskurskonzepte auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Zugewanderten. So gibt es neben dem allgemeinen Integrationskurs spezielle Integrationskurse für junge Erwachsene, Frauen, Eltern und Menschen mit Alphabetisierungs- oder besonderem sprachpädagogischen Förderbedarf sowie für schneller lernende Migranten.

Die Bewertungskommission unterstützte ferner die gemeinsamen Bemühungen des Bundesministeriums des Innern und des Bundesamts Mittel und Wege für eine angemessene Entlohnung der Lehrkräfte in den Integrationskursen zu finden.

Neben einem Sprachkurs umfassen die Integrationskurse die Vermittlung von Kenntnissen zum deutschen Gesellschaftssystem, zur Demokratie, Kultur und Geschichte (Orientierungskurs). Beide Kursteile schließen mit einer Prüfung ab.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 nahmen bundesweit 50.224 Personen an dem zum 01.01.2009 eingeführten Orientierungskurstest teil. Die Bestehensquote liegt bei 92 Prozent.

Auch bei der Sprachprüfung lässt sich eine hohe Erfolgsquote verzeichnen. Im 3. Quartal 2009 nahmen 23.944 Integrationskursteilnehmer an der zum 01.07.2009 neu eingeführten Sprachprüfung "Deutsch-Test für Zuwanderer" teil. Davon erhielten rund 86 Prozent der Prüfungsteilnehmer ein Sprachzertifikat. Rund 48 Prozent der Prüfungsteilnehmer erreichten das Sprachniveau B1, dazu kommen etwa 38 Prozent, die ein A2-Zertifikat erhielten.

Um mit dem neuen "Deutsch-Test für Zuwanderer" auf den konkreten Sprachbedarf der Zuwanderer einzugehen, wurden verschiedene Testversionen für Erwachsene und Jugendliche entwickelt. Je nach Prüfungsergebnis erhalten die Integrationskursteilnehmer entweder ein A2-Zertifikat oder ein B1-Zertifikat. Dies hat den Vorteil, dass sich die Integrationskursteilnehmer nicht mehr wie früher zwischen zwei Prüfungen mit unterschiedlichem Sprachniveau (A2-Prüfung "Start Deutsch 2" und B1-Prüfung "Zertifikat Deutsch") entscheiden müssen.

Bei erfolgreicher Teilnahme an einem Integrationskurs wird die Frist für die Einbürgerung von acht auf sieben Jahre verkürzt. Zudem werden dadurch die geforderten Sprachkenntnisse sowie die Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nachgewiesen.

[PM BAMF v. 11.12.2009, RED]

Workshops/ Tagungen

Qualifizierungen

29.01., iaf e.V.:

SEMINAR ZUM THEMA FAMILIENNACHZUG

Die gesetzlichen Regelungen zum Familiennachzug, deren Anwendung in der Verwaltungspraxis und die in diesem Zusammenhang stehende aktuelle Rechtsprechung.

- wann besteht die Notwendigkeit eines Visums zur Einreise
- Eheschließung in Dänemark
- Sprachtest
- Scheinehe
- Visum zur Einreise wegen bevorstehender Geburt eines Kindes
- Ehegattennachzug, Nachzug wegen Ausübung der Personensorge, Kindesnachzug
- eigenständiges Aufenthaltsrecht

Das Seminar richtet sich an Betroffene und MitarbeiterInnen aus Beratungsstellen und Behörden.

Die Referentin, Rechtsanwältin Svenja Schmidt-Bandelow, ist Fachanwältin für Familienrecht in Berlin und Beraterin in der iaf Berlin.

Zeit:

29. Januar 2010, 9.30 – 13.00 Uhr

Ort:

Oranienstraße 34
10999 Berlin HH
4. Stock, Aufzug

Wir bitten rechtzeitig um Anmeldung ausschließlich per Mail (berlin@verband-binationaler.de) mit folgenden Angaben:.

Name:

Anschrift / Institution:

Telefon:

E-Mail:

iaf e.V.

Verband binationaler Familien und Partnerschaften
Geschäftsstelle Berlin
Oranienstraße 34
10999 Berlin

Tel.: (030) 615 34 99

Fax: (030) 615 92 67

E-Mail: berlin@verband-binationaler.deInternet: <http://www.verband-binationaler.de>

Ab 20.01.:

**KOSTENLOSER DEUTSCHKURS
für ImmigrantInnen im Mehringhof****Teilnahme kostenlos!**

Wir bieten allen Immigranten und Immigrantinnen, die wegen aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen von der öffentlichen Sprachförderung ausgeschlossen sind, im Jahr 2010 wieder ein kostenloses Sprachkursangebot an. Der Unterricht wird von einer qualifizierten Lehrkraft durchgeführt werden.

Beginn:

Mittwoch 20. Januar 2010

Zeit:

Von 13.00 Uhr bis 16.30 Uhr

Der Unterricht findet an zwei Tagen in der Woche statt.

Wo?

Mehringhof
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
(2. Hof rechts, 1. Stock links, Blauer Salon über dem Mehringhoftheater)

Kontakt:

Elisabeth Erdtmann
Tel.: (030) 785 46 18
(außer 26.12.2009 bis 5.1.2010)

Qualifizierungen

Fachstelle für Suchtprävention:

MOVE – MOTIVIERENDE KURZINTERVENTION bei konsumierenden Jugendlichen

MOVE ist

- ein Interventionskonzept zur Förderung und Unterstützung der Veränderungsbereitschaft von jungen Menschen mit Suchtmittelkonsum
- eine Methode, die sowohl das Konsumverhalten als auch dessen Veränderung als einen dynamischen Prozess betrachtet und die Interventionen passgenau einsetzt
- eine Form der Kurzintervention, die sich für unterschiedliche Situationen - auch „zwischen Tür und Angel“ - eignet
- ein erfolgreiches und evaluiertes Beratungskonzept mit internationaler Verbreitung, orientiert an der Methode „Motivational Interviewing“

Das Konzept ist geeignet für

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in ihrem Berufsfeld mit Jugendlichen in Kontakt kommen, die einen möglicherweise riskanten Suchtmittelkonsum haben.

Inhalte sind

- Hintergrundwissen zu Sucht und ihrer Entstehung unter besonderer Berücksichtigung jugendlicher Lebenswelten und Entwicklungsaufgaben
- Reflexion der eigenen Haltung der/des Beratenden
- Rechtliche Grundlagen
- Einführung in das „Transtheoretische Modell“ nach Prochaska & DiClemente
- Einführung in „Motivational Interviewing“ nach Miller & Rollnick
- Motivierende Kurzintervention, angepasst an das jeweilige Setting mit seinen Rahmenbedingungen
 - Einstieg ins Gespräch
 - Umgang mit Ambivalenzen
 - Empathie ausdrücken
 - Diskrepanzen entdecken und integrieren
 - Umgang mit Widerstand
 - Ziele setzen – Vereinbarungen treffen
- Weiterführende Hilfen und Kooperationspartner

Ablauf

Die Inhalte sind in 12 Einheiten à 90 Minuten aufgeteilt (insgesamt 3 Tage), welche sowohl als Block als auch als Reihe angeboten werden. Die Schulung wird mit mindestens 10 Teilnehmer/innen und höchstens 18 Teilnehmer/innen durchgeführt.

Termine

Für das erste Halbjahr 2010 sind folgende Schulungstermine geplant:

10./ 17./ 24. Februar 2010

26. / 27. / 28. Mai 2010

21. / 28. Juni / 05. Juli 2010

Die Fortbildungen finden jeweils von 9.00 – 17.00 Uhr statt.

Leistungen und Kosten

Die Fortbildung kostet pro Teilnehmer/in insgesamt 105,00 -€. Darin enthalten sind folgende Leistungen:

- Ausbildung durch erfahrene und im Lehren der Methode zertifizierte Präventionsfachkräfte
- umfangreiche Schulungsunterlagen
- Durch die Urheber der Methode lizenziertes Teilnahme-Zertifikat
- Getränke

Schulungsort

Die Fortbildung findet im Schulungsraum der Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin in der

Mainzer Strasse 23
(Erdgeschoss)
10247 Berlin-Friedrichshain

statt. Auf Wunsch und nach Absprache können weitere MOVE-Schulungen auch als Inhouse-Veranstaltungen gebucht werden.

Anmeldemodalitäten

- Die Anmeldung erfolgt schriftlich oder per E-Mail an die Fachstelle für Suchtprävention
- Nach Eingang Ihrer Anmeldung erhalten Sie eine Rechnung. Sobald der Teilnehmerbetrag auf unserem Konto eingegangen ist, erhalten Sie eine Anmeldebestätigung
- Ein eventueller Rücktritt vom Seminar muss schriftlich erfolgen. Bei Abmeldung bis zwei Wochen vor Seminarbeginn entstehen Ihnen keine Kosten – Sie erhalten Ihr Geld zurück. Bei späterem Rücktritt wird die volle Kursgebühr fällig.
- Sollte die Fortbildung aus wichtigem Grund (z.B. wegen geringer Nachfrage) abgesagt werden müssen, erhalten Sie bereits entrichtete Gelder in voller Höhe zurück erstattet. Weitergehende Ansprüche sind ausgeschlossen.

Für Ihre Anmeldung oder zur Klärung von Fragen sind wir für Sie da!

Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin
Mainzer Straße 23
10247 Berlin

Telefon: (030) 29 35 26 15

Telefax: (030) 29 35 26 16

E-Mail: fachstelle.suchtpraevention@padev.de

Internet: <http://www.berlin-suchtpraevention.de>

Geschäftszeiten:

Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag: 10.00 – 18.00 Uhr

Donnerstag: 10.00 – 20.00 Uhr

Weitere Informationen zu MOVE finden Sie unter

<http://www.ginko-ev.de/FstMH/news.aspx?page=163&M=1>

Qualifizierungen

Ab 01.02., DAA Institut Berlin:

IHRE CHANCE FÜR EINE AUSBILDUNGS-/ ARBEITSAUFNAHME

„Ausbildung in Sicht“ - Förderung der Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen bis 25 Jahren mit Migrationshintergrund.



Sind Sie interessiert?

Teilnahmeberechtigt

sind Jugendliche unter 25 Jahren mit Migrationshintergrund, die ihre deutschen Sprachkenntnisse für ihre berufliche Entwicklung verbessern wollen oder müssen.

Lehrgangstermine und Lehrgangsdauer
beträgt 6 Monate

01.02.2010 - 30.07.2010

Lehrgangsinhalte und -ziele

I. Sprach- und Kommunikationstraining

Ihre Kenntnisse und Ihre Fähigkeiten in der deutschen Sprache werden ermittelt. Darauf aufbauend erweitern Sie Ihre Sprachkenntnisse und Sprechfähigkeit, wobei alltägliche und beruflich nötige Fähigkeiten erlernt und trainiert werden. Dies ist eine notwendige Voraussetzung für einen beruflichen Erfolg.

II. Berufliche Bestandsaufnahme, Eignungsabklärung und Perspektivarbeitung

Sie lernen die beruflichen Anforderungen in bestimmten Berufsfeldern genauer kennen, die Arbeitsbedingungen dort und die Möglichkeiten eines beruflichen Neuanfangs. Sie können Ihre Eignung für bestimmte Tätigkeiten feststellen und damit eine Entscheidung über Ihren Berufsweg treffen. Mit unserer Unterstützung erproben Sie alle Möglichkeiten, eine Ausbildung/ Arbeit in einem von Ihnen gewünschten und für Sie geeigneten Beruf zu aufnehmen.

Finanzielle Förderung

Der Lehrgang wird durch Zuschüsse des Landes Berlin (Senatsverwaltung) sowie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Für Sie als Teilnehmer entstehen keine Kosten.

Lehrgangsaufbau

1. Planungsphase (2 Monat)

Information und Orientierung

Innerhalb der ersten vier Wochen werden Ihre aktuellen Sprachkenntnisse ermittelt. Darüber hinaus werden mit Tests und Übungen Ihre beruflichen und allgemeinen Fähigkeiten festgestellt und Ihre Stärken analysiert. Ihre beruflichen Erfahrungen und Ziele werden abgefragt. Gemeinsam mit uns wird ein Vorgehen festgelegt, wie Sie Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt prüfen und verbessern können. Dies führt zu der Planung, in welchen Betrieben mit welchen Berufstätigkeiten das Praktikum stattfindet.

2. Praxisphase (4 Monate)

- Deutsch-Unterricht
- Betriebspraktikum
- Bewerbungstraining

Der Deutsch-Unterricht soll Sie neben einer grundlegenden Sprachförderung besonders motivieren und fördern, ihre alltäglichen Fähigkeiten im Gebrauch der deutschen Sprache mit Lust selbständig zu erweitern.

Ein Kernstück des Lehrgangs bildet ein mehrmonatiges Betriebspraktikum, das den Charakter eines „Probearbeitsverhältnisses“ hat. Es liefert einen praxisbezogenen Rahmen zur Erprobung ihrer beruflichen Fähigkeiten mit dem Ziel, eine Ausbildung oder Arbeitstätigkeit (in diesem Betrieb) zu beginnen. Während dieses Praktikums werden Sie bei bestehenden Problemen beraten; alle Möglichkeiten, Ihr Ziel zu erreichen, werden erprobt.

Einstufungstests finden statt

Termine bitte telefonisch erfragen!

Abschluss

Sie erhalten ein Zertifikat der DAA.

Unterrichtsort

Der Unterricht findet in den Räumen der Deutschen Angestellten-Akademie, in **Neukölln** in der Sonnenallee 223, 12059 Berlin statt.

Anmeldung

Deutsche Angestellten-Akademie
Sonnenallee 223
12059 Berlin

Tel.: (030) 5682 9629

Fax: (030) 6322 6137

E-Mail: info.daa-berlin@daa-bw.de

Internet: <http://www.daa-berlin.de>

Qualifizierungen

FrauenComputerZentrumBerlin e.V.
COMPUTER-KURSE FÜR DEN WIEDEREINSTIEG
IT-Grundlagen-Fortbildungen ab 4. Januar 2010
Europäischen Computerführerschein ab 25.01.2010

Computer-(Wieder-)Einsteigerinnen, die keinen Bildungsgutschein bekommen, haben ab dem 4. Januar 2010 die Möglichkeit, die kostengünstige Fortbildung „IT-Knowhow für den Wiedereinstieg“ zu besuchen. Gerade Frauen aus Büroberufen, die einen beruflichen Wiedereinstieg anstreben, werden hier in allen PC-Grundlagen „sattelfest“ gemacht und auf den neuesten Stand gebracht.

Die viermonatige Teilzeit-Fortbildung im FrauenComputerZentrumBerlin (FCZB) wendet sich mit einem Mix aus technischen Inhalten, verschiedenen Software-Programmen und der Vorbereitung auf Bewerbung und Jobsuche insbesondere an Berufsrückkehrerinnen.



Foto: FCZB

Für Frauen, die Anspruch auf einen Bildungsgutschein haben, besteht ab 25. Januar 2010 in der Fortbildung „Office-Grundlagen & ECDL-Start“ die Möglichkeit, zusätzlich zu Erwerb bzw. Ausbau von PC-Grundlagenkenntnissen den Europäischen Computerführerschein zu erwerben. Diejenigen, die nur einzelne IT-Know-how-Lücken schließen möchten, können rund um den Jahreswechsel auch kürzere Module oder den Selbstlernbereich im FCZB besuchen: Hier finden sie Angebote von der (Open)Office-Palette, über Internet und Outlook bis hin zu Grafik-, Foto- oder Webpublishing-Programmen.

Ab sofort werden Anmeldungen im FrauenComputerZentrumBerlin entgegengenommen.

Kontakt und Anmeldung:
 FrauenComputerZentrumBerlin e. V.
 Cuvrystraße 1
 10997 Berlin

Renate Wolf

Tel.: (030) 617970-16
 Fax: (030) 617970-10

E-Mail: slz@fczb.de
 Internet: <http://www.fczb.de>

Zweiter Bildungsweg:
SCHULABSCHLÜSSE
Eberhard-Klein-Schule

Start: **08.02.2010**

Wie in jedem Jahr wird auch diesmal wieder ein neuer Abendlehrgang zur Erreichung des Hauptschulabschlusses für deutsche und ausländische Teilnehmer angeboten.

Für ausländische Teilnehmer, die nicht durchgehend die deutsche Schule besucht haben, beginnt am 08.02.2010 wieder ein Tageslehrgang zur Erreichung des Hauptschulabschlusses. Für alle Bewerbungen gilt: persönliche Anmeldung mit Lebenslauf, letztem Schulzeugnis und Passfoto.

Wer sind die Kursteilnehmer?

Zu uns kann jeder kommen, der die allgemeine Schulpflicht erfüllt hat. Teilnehmer mit nichtdeutscher Muttersprache müssen über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen.

Wann?

08.02.2010:

- 9. Klasse; Tag & Abend

23.08.2010:

- MSA; Tag
- 10.Klasse; Tag
- 9.Klasse; Tag & Abend

Kursdauer:

Tageskurse 12 Monate
 Abendkurse 18 Monate

Wo?

Reichenberger Straße 131
 10999 Berlin-Kreuzberg

Hier bekommen Sie weitere Informationen:

Leitung Frau Müller
 Sekretariat Frau Kulhanek
 Tel.: 2250 -3430
 Fax: 2250 -3435

Sprechzeiten:

Montag -Freitag 9.00-13.00 Uhr
 Donnerstag 17.00-19.00 Uhr

Für die Anmeldung benötigen wir

- Lebenslauf
- die Kopie des letzten Zeugnisses
- ein Foto

Die Teilnahme ist kostenfrei.

Aus Projekten und Vereinen

Vor einem Jahr ging rbb radiomultikulti vom Netz.

radio multicult2.0:

ERSTER GEBURTSTAG IM NEUEN STUDIO

**Stärkere wirtschaftliche Basis –
Gläsernes Studio im Kreuzberger Kiez –
bald auf UKW?**



radio multicult2.0 geht gestärkt ins Neue Jahr: Ein wachsendes Netzwerk an Förderern, eine neu gegründete Betriebsgesellschaft, ein professionelles Gläsernes Studio in der Kreuzberger Marheineke Markthalle und neue Sendeformate sind die Basis, auf der wir eine UKW-Frequenz ansteuern.

Stärkere wirtschaftliche Basis

Bereits im September 2009 haben wir den Stiftungsverein zur Förderung interkultureller Medienprojekte (InKuM) gegründet. Er dient vor allem als Netzwerk der Förderer von radio multicult2.0. Zu den Gründungsmitgliedern gehören unter anderem die Integrationsbeauftragten von Berlin und Brandenburg, so wie der Migrationsforscher *Prof. Dr. Klaus J. Bade*.

In den nächsten Tagen werden neue Förderer dem Verein beitreten: Politiker aller Couleur wie *Carola Bluhm*, Berliner Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales (Die Linke), *MdA Dilek Kolat (SPD)*, *Gabrielle Hiller*, Medienpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, sowie *Hannaa El-Husseini* Vorsitzende des Landesfachausschusses Ausländerpolitik der FDP, die den Sender multicult2.0 für eine Metropole wie Berlin „so notwendig wie noch nie“ hält. „multicult2.0 bietet eine wichtige informelle Grundversorgung für Mitmenschen mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus bereichert das multikulturelle Hörfunkprogramm das kulturelle Leben in der Hauptstadt auf einmalige Weise und leistet einen hohen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration.“

Auch ein Unterstützer der ersten Stunde wird feierlich in den Verein InKuM aufgenommen: Der Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, *Dr. Hans Fleisch*: „Ich trete in den Stiftungsverein ein, weil radio multicult2.0 eine wichtige Bereicherung für unsere Region ist. So nah am Puls der unterschiedlichen Communities, wie kein anderes Medium leistet es eine wichtige politische Integrationsarbeit.“

Vor dem Hintergrund, mit dem Stiftungsverein und einer breit gefächerten Fundraisingkampagne dem Radiobetrieb eine wirtschaftliche Basis zu sichern, haben wir im Dezember 2009 die multicult Radio- und Medienproduktionen gemeinnützige Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt – gUG) gegründet. Geschäftsführerin ist die bisherige Projektleiterin *Brigitta Gabrin*.

Gläsernes Studio in der Marheineke Markthalle

Eine der ersten Aktivitäten der neuen Gesellschaft war die Vereinbarung über die Kooperation mit der Marheineke Markthalle: In deren Galerie entsteht in den nächsten Monaten unser Gläsernes Studio. Von dort werden wir senden und produzieren. Alle BerlinerInnen und BrandenburgerInnen sind eingeladen vorbeizukommen und zu erleben, wie Radio gemacht wird – und natürlich auch mitzumachen. Wir werden im nächsten Jahr wieder unser Angebot an Live-Sendungen mit aktuellen kulturellen und politischen Inhalten aufnehmen und natürlich wieder regelmäßig Musiker im Studio begrüßen.

Bewerbung für freie UKW-Frequenzen

Mit diesen Voraussetzungen rechnen wir uns gute Chancen aus, bei der Vergabe von freien UKW-Frequenzen durch die mabb zum Zuge zu kommen. Ziel ist, ab etwa März, zumindest in den Morgen- und Abendstunden, nicht nur im Internet sondern wieder ganz normal und überall in der Region im Radio hörbar zu sein.

Neue Sendungen – innovative Formate

In 2009 haben wir mit der Audiantis-Software experimentiert, um zeitgleich Sendungen in mehreren Sprachen anbieten zu können. Ab dieser Woche gibt es dazu das passende Angebot zunächst für Kinder: Die Geschichten von „Multipeps Kultmatz“. Von Montag bis Freitag wird die Kinderrubrik nach den 19-Uhr-Nachrichten laufen und per Mausclick in Deutsch und bis zu fünf anderen Sprachen gleichzeitig verfügbar sein. In einem Fünf Minuten Format wird es Geschichten, Schlaflieder aus verschiedenen Kulturen, Rätsel und Wettbewerbe für Klein und Groß geben. Das Maskottchen „Multipeps Kultmatz“ ist ein niedlicher orangefarbiger Vogel, der mit seinen bunten Flügel- und Schwanzfedern die Mehrfarbigkeit der Nationen symbolisiert.



Der neue radio multicult2.0-Star: Multipeps Kultmatz

E-Mail: info@multicult20.de

Internet: <http://www.multicult20.de>

Aus Projekten und Vereinen

ARiC Berlin e.V.:

INTERDIALOGPREIS 2009 VERLIEHEN

Verleihung fand anlässlich des InterDialogFest 2009 am Mittwoch, 25. November, 19.00 bis 21.30 Uhr in der Werkstatt der Kulturen statt.

Der InterDialogPreis 2009 wurde zum vierten Mal an eine/n Jugendliche/n und eine/n Erwachsene/n verliehen, die sich in besonderer Weise für den interkulturellen Dialog in Berlin einsetzen. Für die Ehrung wurden 500 Euro pro Kategorie und je ein Sachpreis von den folgenden Firmen gestiftet: Hartnackschule, ILS-Integrated Lab Solutions GmbH, Demir Garten- und Landschaftsbau und DEURABIKA Diversity Management Consulting.

In der Kategorie Jugendliche/r wurde der Preis in diesem Jahr an **Herrn Bouba Kaba (20 Jahre)** vergeben. Bouba ist ein junger Mann mit einer besonderen Geschichte. Er ist als unbegleiteter jugendlicher Flüchtling vor 5 Jahren aus Guinea (Conakry) nach Deutschland gekommen. Er ist aktives Mitglied der Psychologischen Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Als Tänzer ist er in mehreren Projekten und bei künstlerischen Aktionen in der Öffentlichkeit gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung aktiv.

Laudatorin war die Leiterin der *lis:sanga dance company*, Frau **Lenah Strohmaier**.

In der Kategorie Erwachsene/r werden drei Personen ausgezeichnet: Frau **Esra Aydin**, Herr **Jamil Chibli** und Frau **Wahibe Hassan**. Alle drei sind engagierte Integrationslots/innen, die in ihren Kiezen in Berlin-Tiergarten bzw. Berlin-Tempelhof den Menschen aus den eigenen Communities den Weg durch den Behördenschwundel der Stadt weisen, sowie zwischen der Stadt und ihren Bewohner/innen als Vermittler/innen wirken.

Laudatorin war die Schirmfrau der Tage des Interkulturellen Dialogs, Frau **Eren Ünsal**, die Leiterin der Landesstelle für Gleichbehandlung in Berlin.

Hintergrund:

Das InterDialogFest war mit gut 180 Besuchern der Ausklang der Berliner Tage des Interkulturellen Dialogs 2009. Das Leitthema in diesem Jahr lautete: Gleichstellung, Respekt und Anerkennung. Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe haben rund 50 Dialogtische mit mehr als 700 Teilnehmer und Teilnehmerinnen stattgefunden, wovon einige in einem Rückblick beim Fest vorgestellt wurden. Die an vielen Dialogtischen formulierten Botschaften, wurden im Rahmen einer Ausstellung präsentiert.

Frau **Prof. Maria do Mar Castro-Varela** zeigte in ihrem Festbeitrag Stärken, Schwächen und Wirkungen des interkulturellen Dialogs auf. Nicht nur mit ihrer abschließenden These - "Dialog als Freiheit des Widerspruchs" - traf sie auf viel Beifall des Publikums.

Das kulturelle Programm umfasste Live-Musik von **Voodoo Moon** (Reggae und Ska), Breakdance mit den Kids vom **Zirkus Internationale** und das **Freie Theaterwerk Gavroche** mit Walking Acts sowie einer Theater-Collage zu der bekannten Imagekampagne bei Berlin. Durch die Veranstaltung führte die Journalistin **Nina Amin Abayazid**.

Weitere Informationen und Fotos finden Sie auf der Website:

<http://www.tage-des-interkulturellen-dialogs.de/>.

Koordination:

Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum
ARiC Berlin e.V.
Chausseestraße 29
10115 Berlin

Tel. (030) 30 87 99-0

Fax (030) 30 87 99 12

E-Mail: aric@aric.de

Internet: <http://www.aric.de>

LernNetz Berlin Brandenburg:

LERNLADEN PANKOW MIT NEUER TELEFONNUMMER

In der Nummer 29 unseres Newsletters (Ausgabe September 2006) stellten wir auf Seite 37 die Berliner „Lern-Läden“ des LernNetzes Berlin Brandenburg vor. Nun erreichte uns die Information, dass sich die Telefon- und Faxnummern des LernLadens in Pankow geändert haben. Hier die korrigierten Daten:

LernLaden Pankow
zukunft im zentrum GmbH
Stargarder Straße 67
10437 Berlin

Tel.: (030) 27 87 33 120

Fax: (030) 27 87 33 123

E-Mail: lernladen.pankow@lnbb.de

Internet: <http://www.lnbb.de>

und: <http://www.ziz-berlin.de>

Aus Projekten und Vereinen

**BABEL e.V.**

Klausdorfer Straße 8, 12629 Berlin-Hellersdorf

☎ (030) 99 858 91

☎ (030) 99 893 20

✉ babel-berlin@t-online.de

🌐 <http://www.haus-babylon.de>

Aus dem Veranstaltungsangebot im Januar 2010

Öffentliche Veranstaltungen

Mo 04./11./18./25./01.2010 13.30 – 16.00 Uhr

Fantastische Momente mit Spiel und Spaß

Spielenachmittag für Senioren 50 plus

Skat, Rommé, Canasta, Schach, Mensch ärgere dich nicht, Halma und Mühle bei Kaffee und hausgemachtem Kuchen.

Mi 06./13./20./27.01.2010 14.00 – 18.00 Uhr

Vergnügen ohne Grenzen

für Leute 50 plus

Fr 08./22./29.01.2010 20.00 Uhr

Interkultureller Jugendbeirat

Salotreff

Mi 13. – Fr 15.01.2010 jeweils 9:00 – 14:00 Uhr

Babylon-Special

Trainingsprogramm

Interkulturelle Kompetenzen, Interkulturelle Kommunikation
Interkulturelle Konflikte in der Schule und ihre Lösungsmöglichkeiten

Sa 09.01.2010 ab 15:00 Uhr

Multaga an-Nisá

Treff muslimischer und nichtmuslimischer Frauen

Fr. 15.01.2010 15.00 – 20.00 Uhr

Ogonjok

Sa 23.01.2010 18:00 – 24:00 Uhr

Babylonisches Symposium

Thema: Äthiopisches Kochen

Sa 23.01.2010 ab 20:00 Uhr

User-Party

Veranstaltungen mit Voranmeldung

Berliner Leben – Berlin erleben

Vorträge/Diskussionen/Führungen zur Berlin-Brandenburgischen Migrations- und Kulturgeschichte.

Kurse/Arbeitskreise

Um Voranmeldung wird gebeten:

montags 15.00 – 16.30 Uhr

Englisch Konversations-Kurs für Kinder

der Klassenstufen drei bis sechs.

montags/donnerstags 16.00 -17 30 Uhr

Teremuk – Das Häuschen der Gastfreundschaft

Russisch-Unterricht für Kinder

dienstags 14.00 – 17.00 Uhr

Marhaba ya al Banat

Kreativkurs für muslimische und nichtmuslimische Mädchen

dienstags 15.00 Uhr

Weltkinder – Kinderwelten

Workshop zur Migrationsgeschichte für Teilnehmer zwischen 8 und 12 Jahren.

mittwochs 14.00 – 16.00 Uhr

Multikultureller Kochkurs für Kinder

Gerichte aus aller Welt zum Probieren und Selberkochen.

mittwochs 15:00 – 17:00 Uhr

Kreatives Gestalten mit Stoffen

für Schüler der der Klassenstufen 1 - 6

donnerstags 10.00 – 12.00 Uhr

Kaligraphie-Kurs

donnerstags ab 17.00 Uhr

Interkultureller Jugendbeirat

donnerstags 18:00 – 20:00 Uhr

Foto-Workshop

Mi 27.01.2010 9:30 – 12:00 Uhr

Workshop zum Thema „Rassismus“

mit Schülern der Rudolf-Virchow-Oberschule

Mi 27.01.2010 11:00 – 14:00 Uhr

Workshop zum Thema

„Interkulturelle Arbeit in Berlin“

mit Multiplikatoren der Polizei

Projektwochen mit Schulen

Leseratten

Zur Verbesserung der Lesefähigkeiten von SchülerInnen

Themen: Afrika und/oder Indianer

Details unter (030) 99 858 91

Änderungen vorbehalten

Ausführliches Angebot unter: <http://www.haus-babylon.de>

Verantwortlich: Dr. M. Shiferaw

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

Erste EU-weite Umfrage bei Minderheiten:

**BESTANDSAUFNAHME
DER DISKRIMINIERUNG IN EUROPA**

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) gibt die Ergebnisse ihrer Umfrage bei über 23 000 Angehörigen ethnischer Minderheiten und Zuwanderergruppen über ihre Erfahrungen mit Diskriminierung, rassistisch motivierten Straftaten und dem polizeilichen Vorgehen in der EU bekannt.

Die Ergebnisse zeigen in schockierender Weise, welche Diskriminierung Minderheiten im Alltag erleben: in der Schule, bei der Arbeitssuche, beim Arzt oder beim Einkaufen. Kurz vor Beginn des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ruft die FRA zu gezielten politischen Strategien auf, um die Marginalisierung dieser Gruppen zu bekämpfen.

FRA-Direktor Morten Kjaerum: „Die Ergebnisse der Umfrage EU-MIDIS zeigen, dass ein erheblicher Teil der Angehörigen ethnischer Minderheiten und Zuwanderer große Schwierigkeiten beim Zugang zu den grundlegendsten Dienstleistungen hat. Die Diskriminierung im Bildungswesen richtet besonders großen Schaden an, da sie sich negativ auf die Chancen der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt auswirken kann. Akteure auf allen Ebenen, von den Regierungen bis zu den Dienstleistern, müssen diese durch eingehende Befragungen vor Ort gesammelten Informationen nutzen, um gezielte politische Strategien gegen die Ausgrenzung dieser Gruppen aus der Europäischen Gesellschaft zu entwickeln.“

Unter <http://fra.europa.eu/eu-midis>

finden Sie folgende Dokumente:

„EU-MIDIS: Wichtigste Ergebnisse“

„EU-MIDIS auf einen Blick“

Erster Bericht der Reihe „Daten kurz gefasst“ – Die Roma

Zweiter Bericht der Reihe „Daten kurz gefasst“ – Muslime

Neu:

CIVIS ONLINE PRIZE 2010

**Senden Sie uns Ihre besten Webseiten zum Thema
Integration und kulturelle Vielfalt!**

CIVIS - Europas Medienpreis für Integration und kulturelle Vielfalt zeichnet 2010 Programmleistungen im Radio, Fernsehen und Internet aus, die besonders geeignet sind, das friedliche Zusammenleben in der europäischen Einwanderungsgesellschaft zu fördern - ohne Konflikte zu leugnen. Der Europäische CIVIS Medienpreis 2010 ist mit insgesamt 46.000 Euro dotiert. Am Wettbewerb teilnehmen können alle Radio- und Fernsehsender sowie Webanbieter in der Europäischen Union und der Schweiz. Einsendeschluss ist der **20. Januar 2010**.

Mit dem "Young CIVIS Media Prize" kommt erneut ein europäischer Förderpreis für junge Journalistinnen und Journalisten sowie Studierende der Film- und Medienhochschulen hinzu. Unser neuer „CIVIS Online Prize“ zeichnet ab 2010 erstmals journalistisch aufbereitete Webseiten zum Thema Integration und kulturelle Vielfalt aus.

Bitte beachten Sie unsere Teilnahmebedingungen: Ihre Anmeldung muss online erfolgen. Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.civismedia.eu>.

Festakt und TV-Gala des Europäischen CIVIS Medienpreises 2010 werden Anfang Mai stattfinden.

CIVIS Medienstiftung für Integration
und kulturelle Vielfalt in Europa
Breite Straße 48-50
50667 Köln

Tel.: (0221) 277 587-0

Fax: (0221) 277 587-16

E-Mail civis@civismedia.eu

Internet: <http://www.civismedia.eu>

**5. Konferenz der Integrationsminister:
NEUER INTERNETAUFTRITT**

Ab sofort ist der Internetauftritt zur 5. Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder im Internet unter der Adresse

http://www.mgffi.nrw.de/integration/5_IntMK/index.php

freigeschaltet. Dort finden Sie auch Informationen zu den bisherigen Konferenzen und zu den eingesetzten Arbeitsgruppen.

Bei Fragen zum Web-Auftritt steht Ihnen die Geschäftsstelle der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder gerne zur Verfügung.

Über Ihren Besuch der Website würden wir uns sehr freuen.

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

Bleiberecht:

**DOKUMENTATION DER KONFERENZ
"EINSICHTEN UND AUSSICHTEN"**

Dokumentation der Veranstaltung "Einsichten und Ausichten" des Thematischen Netzwerks Bleibeberechtigte und Flüchtlinge am 10.12.2009 im Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Berlin.

Zwischenbilanz: Meilensteine und Stolpersteine des Nationalen Thematischen Netzwerks im ESF-Bundesprogramm für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge:

http://www.esf.de/portal/generator/12328/property=data/2009_12_18_grundlagenpapier_pdf.pdf

ESF-Portal iom Internet: <http://www.esf.de>.

Potenziale von Migranten nutzen:

**PROGRAMM 2010
DGB BILDUNGSWERK ERSCHIENEN**

Menschen mit Migrationshintergrund bergen viele Potenziale, die es gilt zu erkennen, zu fördern und zu nutzen. Einen Ansatzpunkt bietet dazu das soeben erschienene Programm 2010 des Geschäftsbereichs Migration & Qualifizierung des DGB Bildungswerks Bund.

Ob Beratungen, Bildungsangebote oder Informationen - wir bieten Ihnen passgenaue Angebote. Die Bandbreite des Programms reicht von A wie Antidiskriminierung bis hin zu Z wie Zuwanderungsrecht. Neben unseren Klassikern wie Interkulturellen Trainings bieten wir Ihnen einige neue Angebote. Dazu gehört beispielsweise ein Seminarangebot zu Deutsch am Arbeitsplatz oder zur Entwicklung von Projekten.

Schauen Sie einfach hinein! Sie können das Programm unter http://www.migration-online.de/programm_2010 einsehen, herunterladen und die gedruckte Fassung kostenlos bestellen.

Direkt zu

Bildungsangebote: http://www.migration-online.de/cms/index_cGkPTY.html

Informationsangebote: http://www.migration-online.de/cms/index_cGkPTEx.html

Beratungsangebote: http://www.migration-online.de/cms/index_cGkPTcwNQ.html

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

DGB Bildungswerk Bund e.V.
Bereich Migration & Qualifizierung

Tel. (0211) 4301 141

E-Mail: migration@dgb-bildungswerk.de